



Frankreichs Atom-Kollaps

Marode Reaktoren, überquellende Atommüll-Lager, wackelige Stromversorgung – und trotzdem setzt die Politik weiter aufs Atom.

Ein Überblick über Realität und Illusion

Schwerpunkt Seite 6–11

Foto: Nicolas Nova / Flickr

Grüner Schleim

Die EU will Atomkraft und Erdgas als „nachhaltig“ labeln – Fragen und Antworten zum Greenwashing des Jahrhunderts

Seite 12/13

Protest der Mütter

Bayerns Regierende verharmlosen nach Tschernobyl die Strahlengefahr. Karin Wurzbacher gründet die „Mütter gegen Atomkraft“

Seite 16/17

Auf die Räder, fertig, los!

Anmeldestart zu den großen Anti-Atom-Radtouren im Sommer! Und: Die letzte Kulturelle Widerstandspartei – am 3.6.

Seite 18



Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Versuch und Irrtum

Einleitung | Kein Land weltweit hängt so am Atom-Tropf wie Frankreich. Die Anti-Atom-Bewegung dringt medial nur schwer durch. Dabei hält weder der Netzbetreiber noch die Bevölkerung Atomkraft für so unverzichtbar wie die Politik

8 „Wie ein Kartenhaus“

Interview | Atomindustrie-Experte Mycle Schneider über die massiven Probleme der Atomenergie in Frankreich, die Pläne für neue Reaktoren und die Realitätsverweigerung der Politik

10 Im Bau

Hintergrund | Der Bau des EPR-Reaktors in Flamanville sollte die ganze französische Atomwirtschaft neu lancieren. Das ging gewaltig schief – weswegen selbst der staatliche Atomkonzern EDF mit Blick auf eventuelle weitere Neubauten nun auf ein Nachfolgemodell setzt

12 Offener Betrug

Hintergrund | Weder Atomkraft noch Erdgas sind „nachhaltige“ Technologien. Die EU-Kommission will sie trotzdem als solche labeln. Fragen und Antworten zur EU-Taxonomie

14 Kleine Meiler, großer Hype

Hintergrund | In Betrieb ist noch so gut wie keiner, medial aber propagiert die Atomlobby sie als das nächste große Ding. Was steckt wirklich hinter dem Hype um kleine modulare Reaktoren (SMR)?

16 „Niemand wusste, was man noch essen kann“

Porträt | Karin Wurzbacher, 78, gründete nach Tschernobyl die „Mütter gegen Atomkraft“ und kämpft gegen den Reaktor in Garching

18 Auf die Räder, fertig, los!

Rückblick | Die beiden großen Anti-Atom-Radtouren im Sommer nehmen Form an: Melde Dich jetzt an! Vielfältiges Programm an allen Orten – Helfer*innen gesucht

19 .ausgestrahlt-Shop

20 Jochen Stay – ein Nachruf

22 Rückblick

24 Teuer, unberechenbar und unvollendet

Infografik | Frankreichs einziger Neubau-Reaktor, der EPR Flamanville, ist seit 2007 in Bau und das teuerste Kraftwerk der Welt. Offshore-Windparks in der Nordsee liefern bereits nach einem Bruchteil der Zeit Strom – bei dramatisch niedrigeren Bau- und Betriebskosten



Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Mehr als 3.700 Förder*innen legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!

ausgestrahlt.de/foerdern

Dieses **.ausgestrahlt-Magazin** erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir. Möchtest Du es nicht mehr beziehen, freuen wir uns über einen Hinweis. ausgestrahlt.de/magazin

Der **.ausgestrahlt-Newsletter** informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

ausgestrahlt.de/newsletter

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter .ausgestrahlt steckt ein derzeit 17-köpfiges Team von Ehrenamtlichen und Angestellten.

ausgestrahlt.de/ueber-uns

Angela Wolff hat .ausgestrahlt zum Jahreswechsel verlassen.

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg

info@ausgestrahlt.de

ausgestrahlt.de

Redaktion: Angela Wolff, Anna Stender, Armin Simon, Jochen Stay †

Bildredaktion: Kina Becker

Mitarbeit: Carolin Franta, Felix Maise, Helge Bauer, Jürgen Rieger, Julian Bothe, Resi Bönig, Sarah Lahl, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 20.800

V.i.S.d.P.: Armin Simon

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Philipp Guehlend / ddp

Danke, Jochen!

Liebe Leser*in,

manche lang gesteckten Ziele kommen am Ende fast ein wenig unspektakulär daher. Das Große wird klein, wenn es sich endlich einstellt. So scheint es auch beim Atomausstieg. Drei AKW werden bis Jahresende in Deutschland vom Netz gehen, es sind die letzten von einst mehr als 30. Auffallen im Alltag wird das kaum. Und doch ist es ein spektakulärer Sieg, der gemeinsame Erfolg einer jahrzehntelangen Bewegung, getragen von Hunderttausenden, wenn nicht Millionen Menschen. Wer hätte gedacht, dass es ihnen, dass es uns allen zusammen am Ende gelingt, die schier unermessliche Macht der Atomindustrie und ihrer politischen Fürsprecher*innen zu brechen?

Jochen Stay hat daran nie gezweifelt. Er hat vertraut auf die Kraft der Vielen und den langen Atem der Bewegung. Er hat ihr eine Stimme gegeben und dazu beigetragen, dass die große atomkritische Mehrheit im Land unübersehbar wurde. Er hat die politischen Gelegenheiten, die sich dem Protest boten,

zuverlässig erkannt. Und er hat Hunderttausende angeregt und ermutigt, diese zu nutzen. Am 15. Januar ist er, plötzlich und unerwartet, im Alter von 56 Jahren an einem vererbten Herzleiden gestorben.

Wir haben mit Jochen einen Freund, Mitstreiter und Kollegen verloren. Das erschüttert uns und macht uns traurig. Jochen war Mitgründer, Geschäftsführer und Sprecher von .ausgestrahlt sowie Vorstandsmitglied der von .ausgestrahlt initiierten Stiftung Atomerbe. Sein Tod reißt eine große Lücke, auch bei .ausgestrahlt. Einen Nachruf findest Du auf Seite 20/21.

Aber .ausgestrahlt hat stets davon profitiert, dass es auf vielen Schultern ruht und alle, Mitarbeitende wie Ehrenamtliche, ihr Engagement und ihre Kompetenzen einbringen. Das werden wir auch weiterhin tun und die Anti-Atom-Arbeit – auch im Sinne Jochens – weiterführen.

Wie nötig Protest nach wie vor ist, zeigt der Beschluss der EU-Kommission, Atomkraft und Erdgas als „nachhaltig“ zu labeln (Seite 12/13). Maßgeblicher Treiber dieses Deals war

Frankreich. Realität und Illusion der Atomenergie dort beleuchten wir auf Seite 6–11.

Um Kraft zu schöpfen aus Erfolgen, muss man sie auch feiern. Im Abschaltjahr 2022 gibt es dafür jeden Anlass – und zwei gute Gelegenheiten: Zum einen das große Abschalt-Fest am Pfingstfreitag (3.6.) an den Gorlebener Atomanlagen. Zum anderen die beiden großen Anti-Atom-Radtouren, die .ausgestrahlt im Sommer in Nord- und Süddeutschland organisiert und die an vielen Orten jede Menge Möglichkeit zum Feiern, Erinnern, Begegnen und Demonstrieren bieten. Ab sofort kannst Du dich für die Etappen deiner Wahl anmelden, mehr dazu auf Seite 18.

Jochen wäre bei diesen Begegnungen sehr gerne dabei gewesen. Dass ihm das nun verwehrt bleibt, erfüllt uns mit Schmerz. Zu den historischen Erfolgen aber, die wir feiern können, hat er unsagbar viel beigetragen – danke, Jochen!

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Foto: Eric Kilby / Wikimedia

Quallen droht Drogenkrieg

Weil Unmengen an Quallen die Filter des Kühlwassereinflaßes verstopfen, müssen beide Reaktoren des schottischen AKW Torness im Oktober notabschalten. Eine solches Komplett-Aus kostet jedes Mal sehr viel Geld. Daher sollen die Verantwortlichen jetzt im Meer vor dem AKW per Drohne nach Qualenschwärmen suchen dürfen: So könne man die Wasserentnahme vorübergehend verringern, wenn sich die Tiere in der Nähe der Kühleinlässe befänden. Das Problem ist in Torness nicht zum ersten Mal aufgetreten und betrifft auch zahlreiche andere AKW: Schon oft mussten Reaktoren abgeschaltet werden, weil Quallen, Schnecken, Fische, Algen, Seegras oder andere Fremdkörper aus Meer oder Fluss angesaugt wurden oder aus anderen Gründen den Kühlwasserein- oder -auslauf verstopften. Für besondere Schlagzeilen sorgte 2011 eine Robbe, die im Kühlwassereinflaßbecken des britischen AKW Hinkley Point Fische jagte. Und erst im Januar letzten Jahres stand das französische AKW Paluel still, weil dort eine „unvorhersehbar große Zahl“ Fische in die Kühlwasserfilter geraten war.

Rostige Fangnetze gegen abstürzende Flugzeuge

Im slowakischen Mochovce sollen bald zwei Reaktoren ans Netz gehen, die noch schlechter gegen Flugzeugabstürze geschützt sind als viele bereits laufende AKW. Die in den 1970er Jahren geplanten Anlagen entsprechen nicht einmal den EU-Standards: Unter anderem haben sie keinen den Reaktor umspannenden Sicherheitsbehälter – obwohl sie unter einem viel genutzten Luftkorridor liegen. Die aufgrund einer Auflage der EU-Kommission installierten Fangnetze aus Stahl können höchstens den Aufprall einer kleinen Sportmaschine auffangen. Das zeigt ein Gutachten im Auftrag der österreichischen Umweltschutzorganisation Global 2000, das auf geleakten Konstruktionsplänen basiert. Es belegt außerdem, dass dies nur ein Mangel von vielen ist: Beispielsweise rostet das minderwertige Material, aus dem die Netze bestehen. Außerdem wurden Sicherheitsbarrieren zwischen den beiden Reaktoren vergessen. Ungeachtet der Sicherheitsdefizite und des Einspruchs von Global 2000 kündigt die slowakische Atomaufsicht ÚJD im Januar an, die Inbetriebnahme von Reaktor 3 zu genehmigen. Block 4 soll ab 2023 Strom liefern. global2000.at



Atommüll-Strahlung frei erfunden

In 200 Messprotokolle von Atommüll-Chargen hat ein sogenannter Strahlenschutzexperte des Schweizer AKW Leibstadt frei erfundene Werte eingetragen. Er sparte sich damit die Arbeit, die Werte der mobilen Messgeräte zu kontrollieren, mit denen die Abfälle vor dem Abtransport ins Zwischenlager auf Strahlung überprüft werden müssen. Bei seinen Fälschungen gab er sich aber offenbar keine große Mühe: Der Schwindel flog auf, weil die Zahlen nicht die übliche Streuung aufwiesen. In den vergangenen Jahren war eine ganze Reihe von Vorfällen aufgrund menschlichen Fehlverhaltens im AKW Leibstadt ans Licht gekommen. Wie der aktuelle Fall zeigt, waren die Maßnahmen, die das Sicherheitsbewusstsein der Belegschaft erhöhen sollten, nicht erfolgreich. Der Mitarbeiter wurde zu einer Geldstrafe von umgerechnet knapp 2.900 Euro verurteilt.



Fotos: Global 2000

Noch mehr Sicherheitsmängel beim AKW Leibstadt

Zahlreiche Sicherheitsmängel im AKW Leibstadt an der deutsch-schweizerischen Grenze benennt eine im Auftrag der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) erstellte Studie: Sicherheitssysteme im Kraftwerk erfüllten heutige Anforderungen hinsichtlich Redundanz und Diversität nicht, das gestaffelte Sicherheitskonzept könne im AKW nicht konsequent umgesetzt werden. Der gegenüber dem südbadischen Waldshut gelegene Reaktor sei außerdem nicht gegen den Absturz großer Passagierflugzeuge geschützt. Darüber hinaus fehlten Kernschmelzenzenarien in der Sicherheitsbewertung. Der Verfasser der Studie, der international anerkannte Reaktorsicherheitsexperte Prof. Dr.-Ing. habil. Manfred Mertins, betont, dass Anlagen mit mehr als 40 Betriebsjahren nicht auf den heutigen Standard nachgerüstet werden könnten. Aus seiner Sicht gehörten sie daher abgeschaltet. Die Studie gibt's unter energienstiftung.ch/publikation-studien/sicherheitsdefizite-im-akw-leibstadt.html

Alternativer Nobelpreis für Anti-AKW-Aktivist Sliwjak

Wladimir Sliwjak, Co-Vorsitzender und Mitbegründer der russischen Umweltschutz- und Anti-Atom-Organisation Ecodefense, erhält im November den als „alternativen Nobelpreis“ bekannten Right Livelihood Award. Der Aktivist startete in den 1990er Jahren eine erfolgreiche Kampagne für die Stilllegung des AKW Ignalina in Litauen. Außerdem kämpfte er gegen Pläne zum Bau eines AKW in Kaliningrad, die inzwischen nach langen Auseinandersetzungen auf Eis liegen. Bei seinem Engagement gegen die Atomkraft war Sliwjak die internationale Zusammenarbeit immer sehr wichtig. Er protestierte als einer der ersten gegen die Atommülltransporte aus der Urananreicherungsanlage Gronau nach Russland, die 2019 wiederaufgenommen wurden. Umweltaktivisten wie Sliwjak und seine Mitstreiter*innen stehen in Russland unter massivem Druck. Wer sich politisch engagiert und Geld aus dem Ausland erhält, muss sich als „ausländischer Agent“ registrieren lassen und steht unter Beobachtung. rightlivelihood.org

Schacht Konrad: Scheibchenweise alles anders

Ohne jede Öffentlichkeitsbeteiligung wurden in den letzten Jahren 60 Änderungsgenehmigungen für das geplante Atommüll-Lager „Schacht Konrad“ erteilt – unter dem Vorwand, es handle sich lediglich um „unwesentliche“ Änderungen. Das ergab eine Bundestagsanfrage der Partei Die Linke. Nachdem bereits 2009 und 2014 die Einlagerung von 91 weiteren Radionukliden genehmigt wurde, sind inzwischen alle Bereiche des Atommüll-Lagers betroffen, vom Strahlenschutz über die Anlieferung der Abfallgebinde bis zum Management der radioaktiven Abwässer und der radioaktiven Abluft. Viele der Änderungen wirken sich auf die Sicherheit aus. Vor einer ordentlichen Änderungsplanfeststellung schrecken BGE und Bundesregierung offenbar zurück. Diese nämlich müsste zur Überprüfung des gesamten Projekts

führen. Damit stünde Schacht Konrad mutmaßlich vor dem Aus, weil es von Anfang an nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprach und heute erst recht nicht entspricht. Das ehemalige Eisenerzbergwerk unter Salzgitter wird seit 2009 zum Tiefenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle ausgebaut. Bisher ist kein Müll eingelagert. ag-schacht-konrad.de

Online-Vorträge im März

Rund um den 11. Fukushima-Jahrestag am 11. März organisiert .ausgestrahlt wieder eine Online-Vortragsreihe zu verschiedensten Atom-Themen, Beginn jeweils um 18:30 Uhr:

- ▶ **Mi, 02.03.** Eva Stegen: „Die PR-Strategien der Pro-Atom-Lobby“
- ▶ **Do, 03.03.** Mycle Schneider: „Internationale Trends der Atomindustrie: Wahrnehmung versus Realität“
- ▶ **Fr, 04.03.** Christian von Hirschhausen & Fabian Präger: „Atomkraft: Irrweg in der Klimakrise“
- ▶ **Mi, 09.03.** Ursula Schönberger: „Verrostete Fässer, Atommüllexporte nach Russland, Lagerung in einem maroden Erzbergwerk: Gefährlicher Umgang mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll in Deutschland“
- ▶ **Do, 10.3.** Dieter Rucht: „Der Lohn des langen Atems: Anmerkungen zur Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland“
- ▶ **Di, 15.03.** Oliver Powalla: „Gelber Wasserstoff: Neues Einfallstor für die Atomenergie?“
- ▶ **Mo, 21.03.** Annika Joeres: „Frankreichs Atompläne“
- ▶ **Do, 24.03.** Angela Wolff: „Atomausstieg? Da fehlt noch was ...“
- ▶ **Do, 31.03.** Gabi Schweiger: „Atompolitik anders machen – das Beispiel Österreich“

Weitere Referent*innen sind angefragt. Themen und Termine auf ausgestrahlt.de/jahrestage

NBG-Vorsitzender für Laufzeitverlängerung – im Ausland

Scharfe Kritik hervorgerufen haben Äußerungen des Co-Vorsitzenden des Nationalen Begleitgremiums (NBG) im Standortsuchverfahren für ein tiefeingeologisches Atommüll-Lager, Armin Grunwald. Dieser hatte in einem WDR-Beitrag im Oktober Sympathie für eine Laufzeitverlängerung von AKW gezeigt. In einigen Ländern könne diese „sinnvoll“ sein, sagte er. Der Ausstieg aus der Atomkraft und damit ein Ende der Produktion neuen Atommülls ist eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen des Standortsuchverfahrens; Atomkraft-Fans, die bereits versuchen, diesen Zusammenhang zu lösen, nahmen Grunwald in Schutz. In einem als Reaktion auf die Kritik verfassten Statement betonte Grunwald schließlich, er habe bei seinen Äußerungen nicht die deutschen AKW gemeint. Warum das Risiko eines atomaren Super-GAU und das ungelöste Problem des strahlenden Abfalls bei AKW außerhalb Deutschlands anders zu werten sein sollte als bei den Anlagen hierzulande, erläuterte er allerdings nicht.



Foto: Kernkraftwerk Leibstadt



Foto: Right Livelihood / Alexey Milovanov



Foto: Wise007 / Wikimedia



3. Oktober 2021: Demonstration beim AKW Bugey

Versuch und Irrtum

Einleitung | Kein Land weltweit hängt so am Atom-Tropf wie Frankreich. Die Anti-Atom-Bewegung dringt medial nur schwer durch. Dabei hält weder der Netzbetreiber noch die Bevölkerung Atomkraft für so unverzichtbar wie die Politik

Der Protestaufzug ist bunt und bunt gemischt: 600 Atomkraftgegner*innen jeden Alters ziehen Anfang Oktober in Richtung des AKW Bugey östlich von Lyon. Die ältesten vier noch laufenden Reaktoren Frankreichs stehen hier, zudem gilt Bugey als potenzieller Neubau-Standort. „40 Jahre sind genug“, steht auf den Bannern. Und dass man weder eine Laufzeitverlängerung der Uralt-Meiler noch den Bau neuer akzeptieren werde. Es ist eine von unzähligen Anti-Atom-Aktionen rund ums Jahr im ganzen Land: gegen Laufzeitverlängerungen, Neubaupläne, Atommüll-Lager, Zwischenlager, radioaktive Altlasten und instabile Deiche vor Atomanlagen. Mehr als 100 Anti-Atom-Initiativen und -Organisationen vereint das Atomausstiegnetzwerk „Sortir du nucléaire“, dazu mehr als 60.000 Einzelpersonen. Eine paar Aktive bereiten für den Sommer einen mehrwöchigen Marsch von der WAA La Hague bis nach Paris vor; unterwegs wollen sie in zahllosen Veranstaltungen die Energiepolitik diskutieren, oder: die Atomfixiertheit in den Köpfen und der Politik in Frage stellen.

Kein Land weltweit hängt dermaßen am Atom-Tropf wie die „Grande Nation“. Und doch ist der Rückhalt dafür in der Bevölkerung lange nicht so groß wie oftmals angenommen. In einer

aktuellen, von „Sortir du nucléaire“ in Auftrag gegebenen repräsentativen Meinungsumfrage gaben 58 Prozent der Befragten an, sie seien bereit, eine*n Präsident*in zu wählen, der*die Frankreich zum Ausstieg aus der Atomkraft verpflichten würde. Unter den Anhänger*innen der französischen Linken sind es sogar 80 Prozent. Die beiden aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im April, der amtierende Präsident Macron und die konservative Valérie Pécresse, hat das bisher nicht interessiert. Macron hat sich erst kürzlich zur zivilen und militärischen Atomtechnik als Grundlage der „grandeur“, der „Größe“ Frankreichs bekannt. Und dass er es höchstwahrscheinlich geschafft hat, Atomkraft ein „grünes“ EU-Label zu verschaffen (siehe Seite 12/13), rechnet er sich als Erfolg an.

Ganz praktisch steht die Regierung allerdings vor dem Problem, dass die 56 Reaktoren, die immerhin noch zwei Drittel des französischen Stroms erzeugen, im Schnitt schon mehr als 36 Jahre auf dem Buckel haben. 42 sind bereits älter als 30 Jahre, weitere sieben schon jenseits der 40. Das bleibt nicht ohne Folgen. Noch nie war die Verfügbarkeit des französischen Reaktorparks so niedrig wie im letzten Jahr; Ausfälle und Alterungsschäden häufen sich. Sogar die jüngsten Reaktoren sind davor nicht gefeit. So musste EDF vor weni-



Foto: ASV

Noteinspeiseleitung im AKW Civaux

1 + 4: Schweißnähte mit Rissen

2: Stützen

3: Rohrbogen

gen Wochen und mitten im Winter fünf AKW stilllegen, darunter die vier neuesten und leistungsstärksten, weil in Schweißnähten des Noteinspeisesystems der Reaktoren gefährliche Risse entdeckt wurden. Ursache ist die auch im AKW Neckarwestheim (dort an anderen Bauteilen) auftretende Spannungsrissskorrosion, unbestritten ein Alterungsphänomen.

Systematische Fehler

Wie viele weitere französische Reaktoren denselben Schaden aufweisen, ist unklar. EDF sei dabei, die Ergebnisse der zurückliegenden Ultraschalluntersuchungen erneut zu überprüfen, heißt es. Ursprünglich waren nirgendwo solche Risse aufgefallen. „Sollten wir daraus schließen, dass die Untersuchungen oberflächlich waren?“, fragt, eher rhetorisch, „Sortir du nucléaire“.

Schlimmer noch, erwidert Yves Marignac, ein atomkritischer Reaktorsicherheitsexperte: Niemand habe damit gerechnet, dass solche Risse an diesem Bauteil überhaupt auftreten könnten. Durch die mannsdicken Rohre des Noteinspeisesystems (siehe Foto) wird bei einem Leck oder Druckabfall im Primärkreislauf mit Borsäure versetztes Wasser in den Reaktorkern gepumpt, um die nukleare Kettenreaktion zu stoppen. Das soll ein Überhitzen und Schmelzen der Brennelemente verhindern. Ein Abriss einer solchen Einspeiseleitung wäre ein auslegungsüberschreitender Unfall, ein Super-GAU. Auch in der Atomindustrie, gab der Chef des Atomkonzerns Orano, Philippe Knoche, jüngst im „Spiegel“ ungerührt zu Protokoll, „gilt das Prinzip von Versuch und Irrtum“.

Selbst der Präsident der nationalen Atomaufsichtsbehörde ASN, Bernard Doroszczuk, wählt ob der katastrophalen Situation inzwischen deutliche Worte. Die französische Stromversorgung, mahnte er in seiner Neujahrsansprache, brauche „zwingend“ ausreichend Reserven, um auch mit Ereignissen klarzukommen, die mehrere Reaktoren zugleich betreffen, also systematischen Fehlern wie die jüngst entdeckten Risse. Darauf habe seine Behörde in den vergangenen Jahren schon mehrfach hingewiesen. Die Politik müsse sich „ab sofort“ darum kümmern. Es klang fast wie ein Hilferuf.

Die unerwarteten Risse, die wochenlange AKW-Stillstände verursachen, bewiesen auf Neue, dass Atomkraft alles andere als zuverlässig sei, unterstreicht „Sortir du nucléaire“. Die große Abhängigkeit vom Atomstrom führe so zu einem „gefährlichen Konflikt zwischen Sicherheit und Versorgungssicherheit“. Der ASN-Chef

hatte das etwas diplomatischer, aber inhaltlich nicht viel anders formuliert.

Risiko Atommüll

Doroszczuk benannte auch die zweite „Fragilität“ der französischen Stromversorgung: das Atommüll-System. 1,7 Millionen Kubikmeter strahlende Abfälle führt die Atommüll-Behörde ANDRA in ihrer Jahresstatistik auf. Doch die hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente tauchen darin gar nicht auf: Nach offizieller Lesart soll das Uran und Plutonium daraus ja wiederverwertet werden, weswegen es sich nicht um Abfälle handle. Allerdings kommt die WAA in der Normandie, auch wegen technischer Defekte, mit dem Wiederaufarbeiten seit Langem nicht mehr hinterher. Allein in ihrem Eingangslagerbecken liegen hochradioaktive Brennstäbe in der Größenordnung von 9.000 Tonnen Uran und Plutonium – das ist in etwa so viel wie das gesamte Inventar der 17 Castor-Zwischenlager in Deutschland zusammen. Hinzu kommt der Strahlenmüll in den Abklingbecken der mehr als 50 Reaktoren sowie zigtausend Tonnen bereits wiederaufarbeitetes Uran, das keine Verwendung findet, und fast 60 Tonnen extrahiertes Plutonium. Ohne weitere Lagerkapazitäten, warnt der Atomaufseher, droht auch von dieser Seite schon bald ein Ausfall von Reaktoren.

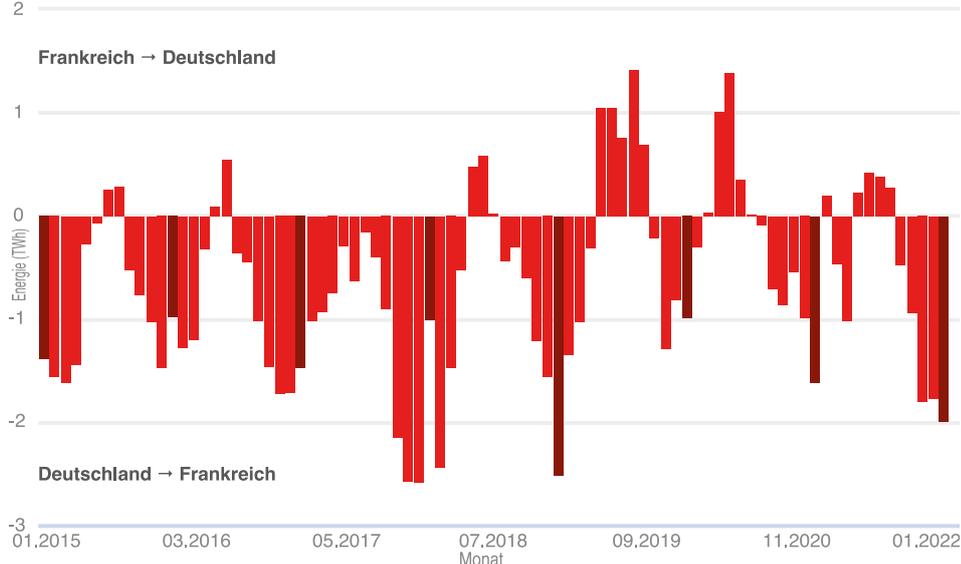
Von einer „Realitätsverweigerung“ der politischen Entscheidungsträger, die immer noch unbeirrt auf Atomkraft setzen, spricht Atomindustrie-Experte Mycle Schneider (siehe

Interview Seite 8/9). Doch gemessen an der enormen Anfälligkeit des nuklearen Kartenhauses, das an allen Enden wackelt, dringt die Anti-Atom-Bewegung mit ihren Argumenten nur schwer durch. „Wir schaffen es schon mal in die Medien“, sagt Charlotte Mijeon, Sprecherin von „Sortir du nucléaire“: „Aber wir stehen einer mächtigen Lobby gegenüber, die in der Lage ist, großangelegte PR-Kampagnen durchzuführen und überall ihre Märchen zu streuen.“

Der staatliche Stromkonzern EDF strebt eine Laufzeitverlängerung aller Reaktoren auf mindestens 50, wenn nicht 60 Jahre an, die Regierung redet davon, dass sie neue große und neue kleine Reaktoren bauen wolle, und stellt die Wiederbelebung der Atomkraft als alternativlos dar. Tatsächlich zeigen selbst vom französischen Netzbetreiber RTE entworfene Szenarien, dass das Festhalten an Atomkraft kein Muss ist: Genauso gut möglich wäre eine bis 2050 auf 100 % Erneuerbaren Energien fußende Stromversorgung. „Das Festhalten an der Atomkraft ist extrem riskant: Die Annahme, dass die AKW-Laufzeiten risikolos massiv verlängert werden könnten und die französische Atomindustrie in der Lage wäre, neue Reaktoren mängelfrei und pünktlich aus dem Boden zu stampfen, ist pure Autosuggestion“, kommentiert Mijeon: „Ein Atomausstieg hingegen ist technisch möglich, sichert die Versorgungssicherheit und das Erreichen der Klimaziele und würde uns das Risiko eines Atomunfalls ersparen! Und überdies würde er nicht einmal mehr kosten.“

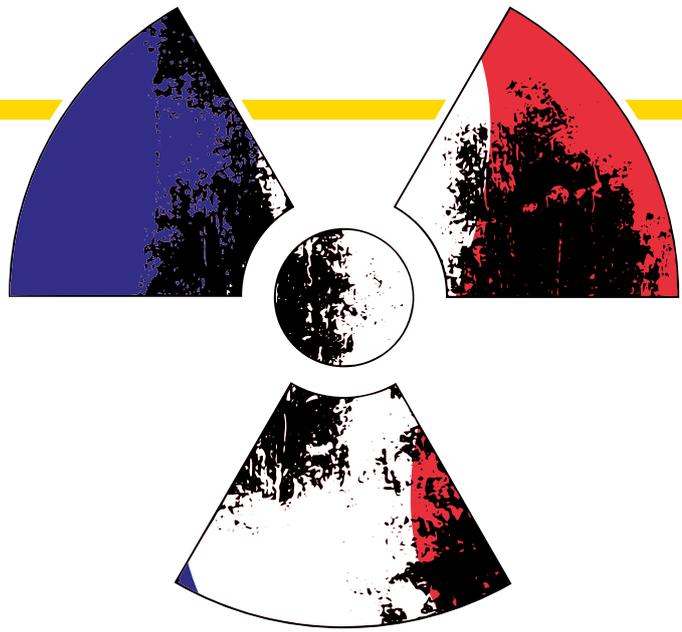
Armin Simon

2 Monatlischer Stromhandelsaldo zwischen Frankreich und Deutschland



Frankreich kauft viel mehr Strom aus Deutschland, als es selbst nach Deutschland verkauft. Das zeigt die Handelsstatistik der europäischen Übertragungsnetzbetreiber (ENTSO-E). Seit Jahren importiert das Atomstrom-Land insbesondere jeden Winter große Mengen Strom aus Deutschland, um den dann besonders hohen eigenen Stromverbrauch (Elektroheizungen ...) zu decken und die aufgrund technischer Probleme oder Alterungsschäden massiven Ausfälle von Reaktoren zu kompensieren.

Grafik: energy-charts.de, Daten: ENTSO-E



„Wie ein Kartenhaus“

Interview | Atomindustrie-Experte Mycle Schneider über die massiven Probleme der Atomenergie in Frankreich, die Pläne für neue Reaktoren und die Realitätsverweigerung der Politik

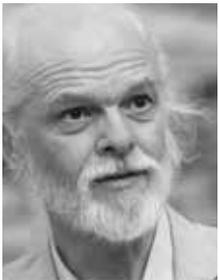


Foto: Bert Bostelmann

Mycle Schneider

Mycle Schneider ist unabhängiger Berater für Energie- und Atompolitik und lebt bei Paris. Seit 2007 beschreibt und analysiert er mit einem internationalen Team im von ihm initiierten und herausgegebenen jährlichen **World Nuclear Industry Status Report** den Zustand der Atomindustrie weltweit. Für „seine Warnungen vor den beispiellosen Gefahren durch Plutonium für die Menschheit“ wurde er 1997 mit dem Right Livelihood Award („Alternativer Nobelpreis“) ausgezeichnet.

worldnuclearreport.org

Herr Schneider, der Atomstromanteil in Frankreich war 2020 so niedrig wie seit 35 Jahren nicht mehr, die AKW-Ausfälle häufen sich, der Betreiber EDF ist extrem verschuldet, das einzige Neubauprojekt seit 14 Jahren in Bau und immer noch ohne absehbares Ende. Die französische Regierung aber hält um jeden Preis weiter an Atomkraft fest. Wie passt das zusammen?

Mycle Schneider: Der Graben zwischen Berichterstattung, öffentlicher Wahrnehmung und Wahrnehmung der Entscheidungsträger auf der einen Seite und der Realität der Atomkraft in Frankreich und anderswo auf der anderen Seite ist atemberaubend. Ich arbeite jetzt seit 40 Jahren zu dem Thema, aber so eine Realitätsverweigerung habe ich noch nie erlebt.

Inwiefern?

Der französische Atomsektor ist wie ein Kartenhaus: Fällt auch nur eine Karte, kann das ganze System zusammenbrechen. Nur nimmt das bisher niemand wahr, weder die Entscheidungsträger noch die Öffentlichkeit. Nehmen wir die AKW selbst: Die 56 Reaktoren sind im Schnitt bereits 36 Jahre am Netz. Wir haben schon jetzt Situationen, in denen ein Drittel wegen technischer Probleme gleichzeitig stillliegen, sogar mitten im Winter, wenn der Strombedarf aufgrund der vielen Elektroheizungen drastisch ansteigt. In den vier Wochen

vor Weihnachten etwa musste Frankreich jeden Tag massiv Strom importieren, netto bis zu 13 Gigawatt – die 61-Gigawatt-AKW-Flotte lieferte nie mehr als 45 Gigawatt. Und die wirklich kalten Monate kommen ja erst noch. Frankreich bibbert buchstäblich jeden Winter, dass nicht noch mehr Reaktoren ausfallen.

Wie sieht es mit dem Atommüll aus?

Die Abklingbecken an den AKW sind randvoll, im Schnitt ist da gerade noch Platz für ein Jahr. Auch in der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague ist kein Platz mehr: Aus Sicherheitsgründen steht ein ganzes Abklingbecken zur Zeit nicht zur Verfügung. Zugleich stockt der Abtransport des Plutoniums, denn auch die Produktion von MOX-Brennelementen funktioniert nicht normal, weswegen auch dem Plutoniumbunker nun Überfüllung droht – zumal noch jede Menge mangelhafte MOX-Pellets nach La Hague zur erneuten Wiederaufarbeitung zurückkommen, die frisches Plutonium enthalten. Und in der WAA selbst sind die Verdampfer kaputt, einer der sechs ist schon komplett ausgefallen, der Durchsatz der Anlage sinkt. Was wiederum heißt, dass die Lagerbecken nicht so schnell geleert werden ...

Das Atom-System droht am eigenen Müll zu ersticken?

An allen Ecken und Enden gibt es Druck. Wenn die WAA nicht mehr funktioniert, müsste man

sehr schnell Reaktoren abstellen, weil es keinen Platz mehr für die abgebrannten Brennelemente gibt. Liegen Reaktoren längere Zeit still, fällt umgekehrt ein Teil des Absatzes für MOX-Brennelemente und damit des Plutoniums weg, was wiederum die WAA zum Erliegen bringen könnte. Schließlich hat sich Frankreich international einmal verpflichtet, kein abgetrenntes Plutonium in industriell unnötigen Mengen auf Halde zu legen.

Laut Präsident Macron hängt die ökologische, die strategische und die wirtschaftliche Zukunft Frankreichs von der Atomkraft ab, deren zivile und militärische Nutzung untrennbar sei.

Dieser Mythos ist tief verankert in der französischen Politik und der Eliten-Technokratie, die hier die Atompolitik ausrichtet, umsetzt und kontrolliert. Dieses System ist immun gegen jede Form kritischer Analyse. Darüber hinaus gibt es auch einen klaren Willen, der Öffentlichkeit nicht die Realität darzustellen. Ein Beispiel ist das durch ein Leak öffentlich gewordene Regierungspapier von Oktober 2021, offensichtlich erstellt von einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich den Stand und die Perspektiven eines „EPR2“ angeschaut hat.

EPR2? Was soll das sein?

Das Nachfolgeprojekt zum „Europäischen Druckwasserreaktor“ (EPR), der in Flamanville in Bau ist und mal ein Exportschlager werden sollte. Selbst für die französischen Atom-Technokraten ist der aber offensichtlich abgelehnt ...

... weswegen nun ein neuer Reaktortyp her soll?

Ja. Und die Kostenprognosen von EDF für diesen Reaktor, für den noch nicht einmal nachgewiesen ist, dass er überhaupt baubar ist – dieser Term „constructible“ steht wirklich in dem Dokument – sind innerhalb eines Jahres bereits um 13 Prozent gestiegen – und das beim derzeitigen Entwicklungsstand, der lediglich eine grobe Auslegung („Basic Design“) umfasst. Allein für den nächsten Entwicklungsschritt, um überhaupt zu einem etwas detaillierteren Entwurf zu kommen, sind 20 Millionen Ingenieursstunden veranschlagt. 19 Millionen Stunden davon stehen noch aus. Und so weiter. Das ganze 12-Seiten-Papier ist voll von solchen Punkten.

Alle Energie-Szenarien in Frankreich gehen bisher davon aus, dass die ersten neuen AKW 2034/35 ans Netz können. Ist das auch der interne Zeithorizont?

Nein, das geleakte Papier schmeißt das alles über Bord. Ihm zufolge könnte ein erster EPR2, selbst für den Fall, dass alles gut läuft, frühestens 2039 ans Netz gehen, wenn es etwas schlechter läuft, auch erst 2043 – der erste, wohlgemerkt! Ich meine, wir reden über Klimanotstand, Gaspreise, hohe Energiepreise – und als Argument wird dann gebracht, man müsse schnell neue AKW bauen. Das hat allein vom Zeithorizont her mit der Realität nichts mehr zu tun. Davon abgesehen muss man sich ja immer die Frage stellen: Wenn ich heute einen Euro investiere, wie schnell kann der dann wie viele Emissionen reduzieren? Auch da rangiert Atomkraft auf dem letzten Platz. Diese Debatte hat ein wirkliches Wahrnehmungsproblem ...

... oder schlicht ein anderes Ziel?

Es geht vor allem um die Aufrechterhaltung des Mythos. Das ist dasselbe bei den SMR, den Mini-Reaktoren, über die jetzt alle reden. Da geht es auch nicht darum, dass das einen realistischen Kontext hätte, das sind vor allem Phantomprojekte. Aber wenn es auch die nicht mehr gibt, dann stirbt die Atomindustrie definitiv viel schneller.

Nochmal zurück in die Realität: Zwei Drittel des französischen Stroms kommen immer noch aus AKW, der Ausbau der Erneuerbaren erreicht nicht mal die niedrigen selbst gesteckten Ziele der französischen Regierung. Worauf läuft das hinaus?

EDF wird vor allem versuchen, die Laufzeit der bestehenden Reaktoren erneut zu verlängern. Ökonomisch, auf dem Papier, hat der Konzern das bereits getan, damit er nötige Rücklagen über einen längeren Zeitraum bilden kann. So hat er seine Bilanz verschönt.

Und real?

Die Aufsichtsbehörde hat für eine Verlängerung zwar prinzipiell grünes Licht gegeben. Ob und unter welchen Auflagen ein Reaktor aber tatsächlich weitere zehn Jahre laufen darf, muss für jede Anlage gesondert nach einer vertieften Sicherheitsüberprüfung entschieden werden. Das entsprechende Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung dazu hat noch in keinem Fall stattgefunden.

Ist angesichts der Versorgungssituation nicht zu befürchten, dass die Reaktoren in jedem Fall weiterlaufen – Sicherheitszustand, Genehmigung und Auflagen hin oder her?

Die Abhängigkeit von den AKW ist in der Tat ein Problem. Fällt das Thermometer im Winter um ein Grad Celsius, steigt der Strombedarf um 2,4 Gigawatt, das entspricht zwei großen Reaktoren.

Mit welchen Kosten müsste EDF für eine Laufzeitverlängerung rechnen?

Das hängt sehr vom geforderten Sicherheitsstandard ab. Der französische Rechnungshof rechnet – auf Basis von EDF-Zahlen – allein für den Zeitraum 2014–2030 mit 100 Milliarden Euro an Nachrüstkosten. Es geht also um richtig viel Geld.

Hat Macron deshalb so mächtig Druck gemacht, Atomkraft im Rahmen der EU-Taxonomie als „nachhaltig“ zu labeln?

Nicht nur. Frankreich hat ja seit den 1950er Jahren mit Atomtechnologie Geopolitik gestaltet. Und Atomkraft ist ein wunderbares Motiv, um Allianzen mit anderen EU-Staaten zu bilden, insofern gehört das zu Macrons Europastrategie. Aber natürlich geht es auch ums Geld: EDF und Frankreich hilft jede Milliarde, die dank dieses Labels im Atomsektor landet. Nur: Die enormen finanziellen und technischen Probleme der französischen Atomindustrie wird auch ein solches „grünes“ Label nicht lösen. Ebenso wenig wird es am Atomausstieg, in dem Europa de facto seit Ende der 1980er-Jahre begriffen ist, nichts ändern. Um den abzuwenden, müssten zahlreiche neue AKW gebaut und betrieben werden. Das ist völlig unrealistisch – schon weil es keine Betreiber gibt, die das machen würden.

Ist die französische Bevölkerung genauso atom-vernarrt wie ihre Regierung?

Das ist Teil des sorgfältig gepflegten Mythos. Im letzten umfangreichen Meinungsbarometer des nationalen Instituts für Strahlenschutz und nuklearer Sicherheit (IRSN) von 2020 landete Atomkraft auf dem vorletzten Platz, nur Öl schnitt schlechter ab. Aber über 90 Prozent hatten eine gute Meinung von Solaranlagen und über 80 Prozent sprachen sich für Windkraft aus.

Interview: Armin Simon



Baustelle des EPR Flamanville im Jahr 2010. Der Reaktor ist bis heute nicht fertig

Im Bau

Hintergrund | Der Bau des EPR-Reaktors in Flamanville sollte die ganze französische Atomwirtschaft neu lancieren. Das ging gewaltig schief – weswegen selbst der staatliche Atomkonzern EDF mit Blick auf eventuelle weitere Neubauten nun auf ein Nachfolgemodell setzt

Das Drama begann vor 17 Jahren und wurde damals als Sternstunde der französischen Atomindustrie gefeiert: 2005 beschloss der staatliche französische Energieversorger und AKW-Betreiber Electricité de France (EDF), neben dem in die Jahre gekommenen AKW in Flamanville an der normannischen Westküste einen mit 1.600 Megawatt deutlich leistungsstärkeren Druckwasserreaktor neuester Technologie zu bauen. AREVA pries diesen mal „Evolutionary“, mal „European“ Power Reactor (EPR) genannten Typ als Nonplusultra der modernen Atomtechnologie an: Mehr Leistung bei gleichzeitig größerer Sicherheit, so das Versprechen.

Am 9. Juli 2020 publizierte der französische Rechnungshof seinen Bericht zum finanziellen Debakel des Projekts. Das Urteil fällt vernichtend aus, seine Bedeutung reicht weit über Flamanville hinaus. Die Analyse zwingt zu einem grundsätzlichen Überdenken der französischen AKW-Politik, bilanzierte der Rechnungshofspräsident, Ex-EU-Kommissar Pierre Moscovici: „EDF hat (...) die eigenen Fähigkeiten und Kapazitäten überschätzt und die Kosten und ungelösten Probleme unterschätzt.“

EDF ging Anfang der Nullerjahre von Kosten in Höhe von 3,4 Milliarden Euro und einer Bauzeit

von fünf Jahren aus. Der EPR Flamanville sollte 2012 ans Netz gehen und als Vorzeigeprodukt des französischen Atom-Know-hows zum Exportschlagwerd werden. Heute, nach unzähligen Schwierigkeiten und ständigen Verzögerungen, geht EDF davon aus, dass die Anlage frühestens im Jahr 2024 ans Netz gehen wird. Die reinen Baukosten belaufen sich laut EDF auf 12,7 Milliarden Euro, hinzu kommen laut Rechnungshof – Stand 2020 – allerdings 4,2 Milliarden Euro Finanzkosten sowie weitere 2,5 Milliarden Euro bis zur geplanten Inbetriebnahme. Die Gesamtkosten würde dies auf stolze 19,4 Milliarden Euro erhöhen, dem 5,7-fachen der ursprünglich veranschlagten Kosten.

„Sehr ernste“ Sicherheitsmängel

2017 kam heraus, dass AREVA mit technischen Mängeln behaftete Bauteile geliefert hatte, darunter vor allem den zentralen, bereits eingebauten Reaktordruckbehälter mit fehlerhaften Schweißnähten, der in der AREVA-Tochterfirma Creusot Forge hergestellt worden war. „Es handelt sich um einen Fabrikationsmangel, den ich als ernst oder sehr ernst bezeichnen würde, weil er einen entscheidenden Bestandteil betrifft“, sagte der damalige Chef der französischen Atomaufsicht (ASN) Pierre-Franck Chevet.

Aktualisierte und gekürzte Fassung des Originaltextes; diesen sowie weitere Artikel zur Atomenergie in Frankreich findest Du unter

energiestiftung.ch/fokus-frankreich



Allerdings verzichtete die ASN darauf, den finanziell kaum tragbaren Austausch des bereits eingebauten Reaktordruckbehälters zu verlangen, und begnügte sich mit weniger teuren, aber auch weniger sicheren Reparaturmaßnahmen an den defekten Schweißnähten. Lediglich der mehr als 100 Tonnen schwere Deckel des Reaktordruckbehälters muss ersetzt werden, dies allerdings erst 2024, entschied sie. Inzwischen ist unklar, ob der Reaktor vorher überhaupt ans Netz geht. Der in Flamanville produzierte Strom wird laut Rechnungshof doppelt so viel wie jener aus den 56 Reaktoren des bisherigen französischen AKW-Parks kosten.

Ein Debakel auch in Finnland

Nicht besser als in Flamanville läuft es auch beim ursprünglich deutsch-französischen EPR-Projekt in Finnland. Bereits 2005, noch vor dem Baubeginn in Flamanville, war die Baugenehmigung für den EPR-Reaktor im finnischen Olkiluoto erteilt worden. Der Auftrag wurde nach Jahren der Flaute im Nuklearbusiness als großer Exporterfolg gefeiert.

Das grundsätzliche Design des EPR war bereits 1998 festgelegt worden. 2001 hatten die Unternehmen Siemens und Framatome ihre Nuklearaktivitäten unter dem Namen Framatome ANP zusammengefasst. 2006 wurde daraus AREVA NP. Die Anfangsfreude währte nicht lange: 2011, nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima und den in Olkiluoto aufgetauchten Problemen, beendete Siemens sein EPR-Engagement und verkaufte seine Nuklearsparte kurzerhand ganz nach Frankreich. AREVA ist seither allein für die finnische Baustelle zuständig, die sich schnell als ähnlich desaströs erwies wie die in Flamanville. „Der Bau in Finnland hatte zur Folge, dass

AREVA 2015 finanziell am Abgrund stand und der französische Staat eine mit 7,5 Milliarden Euro ausgesprochen teure Rettungsaktion starten musste“, sagte Rechnungshof-Präsident Moscovici im Sommer der Zeitung „Le Monde“.

Dabei hätte der EPR an der Westküste Finnlands eigentlich 2009 in Betrieb gehen sollen – doch regulär Strom soll er nach derzeitigem Stand erst im Sommer 2022 erzeugen, 17 Jahre nach Baubeginn. Schuld sind wie in Flamanville technische Probleme, Pannen und eine schludrige Projektleitung. Die Baukosten haben sich fast vervierfacht.

Neues Abenteuer Hinkley Point C

Doch Frankreichs Reaktorbauer haben aus Flamanville und Olkiluoto scheinbar nichts gelernt: Zwei weitere EPR-Reaktoren baut die EDF derzeit im britischen Hinkley Point, diesmal in einem Konsortium mit chinesischen Unternehmen. Die Kosten sollen sich auf 20 Milliarden Euro belaufen. Finanziert wird das Ganze zu 66,5 % von der EDF und zu 33,5 % von China General Nuclear (CGN), entsprechend den Anteilen am Konsortium. Zur weiteren Absicherung der Investition versprach die britische Regierung einen staatlich garantierten Abnahmepreis von 10,8 Cent pro Kilowattstunde, und das für 35 Jahre. Kein Offshore-Windpark bekommt eine solche Vergütung zugesichert. Zusätzlich gibt es eine Kreditgarantie von rund 19 Milliarden Euro. Tatsächlich fallen – Stand 2020 – insgesamt Kosten in Höhe von 28,4 Milliarden Euro an. Dass ein chinesisches Staatsunternehmen am Bau eines Atomkraftwerks in Europa beteiligt ist, gefällt dabei nicht allen. Vor dem Investitionsentscheid war es EDF-intern zudem zu einer Zerreißprobe gekommen: Der

EDF-Finanzchef trat zurück, weil nicht nur er, sondern auch die Gewerkschaftsvertreter*innen im Verwaltungsrat den Entscheid für Hinkley Point finanziell für unverantwortlich hielten.

Systematischer Konstruktionsfehler?

Die einzigen zwei EPR-Reaktoren weltweit, die tatsächlich schon laufen, gingen 2019 im südchinesischen Taishan ans Netz. Zwei Jahre später sorgten sie bereits weltweit für Schlagzeilen. In einem der Reaktoren war offenbar eine größere Zahl Brennelemente undicht geworden, Radioaktivitätswerte stiegen. Ein Whistleblower hat inzwischen öffentlich gemacht, dass wohl ein Konstruktionsfehler des Reaktordruckbehälters zu unerwünschten Strömungen in diesem führt. Die dadurch hervorgerufenen Vibrationen beschädigen Brennelemente und Brennstäbe. Französische und britische Reaktorexpert*innen warnen, dass es sich in diesem Fall um einen systematischen Designfehler des EPR handeln würde. In diesem Fall wäre auch in den anderen EPR-Reaktoren mit Schäden zu rechnen.

Angesichts der bisherigen EPR-Debakel setzt die EDF neuerdings auf einen noch zu entwickelnden Nachfolgereaktor namens EPR 2 – „ein Reaktor für den Einsatz in Frankreich, der dem EPR nahe verwandt ist und von den Erfahrungen mit diesem profitieren kann, aber kostenmässig und bautechnisch optimiert ist“, wie sie einmal mehr vollmundig verspricht. Bisher liegt von diesem allerdings nur ein grobes „basic design“ vor (siehe Interview Seite 8/9). Ein erstes Exemplar eines solchen Reaktors, so steht es in einem jüngst geleakten internen Regierungspapier, könne frühestens 2039 in Betrieb gehen – wenn alles gut läuft, wohlgemerkt. *Felix Maise*

STOP EU's
GREENWASHING!

Foto: Julian Rettig

Aktion in Straßburg am 19. Januar

Offener Betrug

Hintergrund | Weder Atomkraft noch Erdgas sind „nachhaltige“ Technologien. Die EU-Kommission will sie trotzdem als solche labeln. Fragen und Antworten zur EU-Taxonomie

Was ist die EU-Taxonomie?

Die Taxonomie ist ein Gesetzesvorhaben der EU. Es legt fest, welche Wirtschaftstätigkeiten und Technologien als „grün“ oder „nachhaltig“ bezeichnet werden dürfen. In Zukunft dürfen nur noch Geldanlagen, die in solche Aktivitäten investieren, mit dem Label „Nachhaltigkeitsfonds“ werben. Außerdem müssen größere Unternehmen und Finanzinstitute in Zukunft veröffentlichen, welcher Prozentsatz ihrer Aktivitäten bzw. Geldanlagen der Taxonomie entspricht.

Die Taxonomie soll als Wegweiser dienen, um Kapital in den ökologischen Umbau der Wirtschaft – den „Green Deal“ – umzulenken und Etikettenschwindel durch sogenanntes Greenwashing verhindern. Sie wird zudem eine Leitlinie bilden, an der sich weitere Regulierungen, Subventionen und Investitionsentscheidungen orientieren werden.

Sind Atomkraft und/oder fossiles Gas „nachhaltig“?

Nein. Die Gefahr eines Super-GAUs, Atommüll-Berge und die durch den Uranabbau verursachten großräumigen Umweltverschmutzungen und Gesundheitsschäden widersprechen dem Prinzip der Taxonomie, dass grüne Tätigkeiten keinen signifikanten Schaden anrichten dürfen. Es ist deshalb absurd, dass eine Einstufung von Atomkraft als „nachhaltig“ überhaupt debattiert wird. Gleiches gilt für Erdgas, das dem Klima schadet – nicht nur, wenn es zu CO₂ verbrannt wird, sondern auch, wenn es über Lecks als Methan in die Atmosphäre entweicht. Dies geschieht von der Quelle über den Transport bis zum Kraftwerk. Nicht umsonst schließt zum Beispiel das französische Greenfins-Label Investitionen in Atomkraft und fossile Energien strikt aus.

Der 2019 veröffentlichte Bericht der Technischen Expert*innen-Gruppe, der die wissenschaftliche Grundlage für die Taxonomie liefern sollte, hat deshalb empfohlen, Atomkraft nicht in die Taxonomie aufzunehmen. Für fossiles Gas empfahl er äußerst strikte Kriterien – weit strenger, als die von der EU-Kommission Ende 2021 vorgeschlagenen. Auch die EU-eigene Berater*innenplattform zur Taxonomie kritisiert den Ende 2021 veröffentlichten Entwurf scharf: Die Aufnahme von fossilem Gas und Atomkraft würde das gesamte Vorhaben der Taxonomie gefährden. Die möglichen Umweltauswirkungen gäben Anlass zu „tiefer Sorge“.

Wie kommt es, dass Atom und Erdgas dennoch in die Taxonomie aufgenommen werden sollen?

Das ist vor allem ein Ergebnis intensiven Lobbyings. Insbesondere Frankreich wollte unbedingt, dass Atomkraft das Nachhaltigkeitslabel bekommt. Die französische Atomindustrie ist massiv überschuldet, könnte aber bei einer Aufnahme der Atomkraft in die Taxonomie mit günstigeren Krediten rechnen. Sowohl die alte als auch die neue Bundesregierung haben demgegenüber vehement für die Aufnahme von fossilem Gas lobbyiert. So kam es schließlich zu einem Deal: Sowohl Gas als auch Atom sollen als so genannte „Übergangstechnologie“ in die Taxonomie aufgenommen werden. Für die praktische Anwendung und die öffentliche Wahrnehmung ist diese Unter-Kategorisierung als „Übergangstechnologie“ allerdings irrelevant.

Welche Folgen hat das EU-Greenwashing von Erdgas und Atomkraft?

Das ursprüngliche Ziel der EU war, eine wissenschaftsbasierte, glaubwürdige Orientierung zu nachhaltigen Wirtschaftsaktivitäten bereitzustellen und so ein Greenwashing zu verhindern. Die Aufnahme von Erdgas und Atom verwandelt dieses Ziel in das Gegenteil: Der Taxonomie-Entwurf ignoriert wissenschaftliche Einstufungen, untergräbt die Glaubwürdigkeit der Nachhaltigkeitsklassifikation und trägt selbst zum Greenwashing bei. Eine Taxonomie, die Erdgas und/oder Atomkraft mit einschließt, lenkt Finanzströme in veraltete und gefährliche Technologien. Diese Gelder fehlen dann beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und für wirklichen Klimaschutz. Auch weitere direkte Subventionen für Atomkraft und Erdgas rücken damit einen Schritt näher. Während sich die Finanzwirtschaft eine einheitliche, klare Leitlinie gewünscht hatte, wird es kein allgemein anerkanntes, sondern weiterhin nur eine Vielzahl konkurrierender Nachhaltigkeitslabel geben.

Hat sich die Bundesregierung gegen die Aufnahme von Atom und Erdgas eingesetzt?

Die Bundesregierung – unter Merkel wie unter Scholz – wollte und will unbedingt, dass Erdgas in die Taxonomie aufgenommen wird. Die Merkel-Regierung protestierte aus diesem Grunde nicht gegen die Aufnahme von Atom, vielmehr stimmte Merkel dem Atom-Gas-Deal auf dem EU-Gipfel im Oktober 2021 explizit zu. Die neugewählte Ampel-Regierung protestierte nicht gegen diesen Deal. Den im Entwurf ihres Koalitionsvertrags zunächst enthaltenen Satz, sich gegen die Einstufung von Atomkraft und Gas als „nachhaltige“ Technologie einzusetzen, strichen SPD, FDP und Grüne wieder heraus. Zwar bezieht die Ampel-Regierung öffentlich Stellung gegen die Aufnahme von Atomkraft in die Taxonomie. In ihrer Stellungnahme zum Taxonomie-Entwurf Anfang 2022 forderte sie allerdings zugleich weniger restriktive Kriterien in Bezug auf Gas (und übernahm dabei fast wörtlich die Forderungen des Lobbyverbands „Zukunft Gas“). Auch die Bundesregierung weiß aber um den Atom-Gas-Deal. Indem sie auf der Aufnahme von Gas in die Taxonomie beharrt, akzeptiert sie de facto auch die Aufnahme von Atomkraft.

Lässt sich das „Nachhaltigkeit-Label“ für Atomkraft und Erdgas noch verhindern?

Die EU-Kommission wird den endgültigen Entwurf der Taxonomie-Verordnung voraussichtlich Anfang Februar veröffentlichen. Danach können die EU-Gremien ihn nur noch als Ganzes ablehnen und keine Details mehr verändern. Für ein Veto braucht es im Minister*innenrat eine verstärkte qualifizierte Mehrheit von 20 der 27 Mitgliedsstaaten, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen. Diese ist so gut wie ausgeschlossen, weil mindestens elf Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, Polen und Ungarn, die Pläne ausdrücklich befürworten.

Das EU-Parlament könnte den Vorschlag mit einer absoluten Mehrheit ebenfalls ablehnen. Auch dies ist unwahrscheinlich – aber nicht ausgeschlossen. Kritiker*innen gibt es quer durch alle Fraktionen.

Was hat es mit der von Österreich und Luxemburg angekündigten Klage auf sich?

Österreich und Luxemburg haben bereits eine Klage angekündigt, sollte die Verordnung unter Einbezug von Erdgas und Atomkraft rechtskräftig werden. Sie verweisen auf Rechtsgutachten, wonach der Gesetzestext, der der Taxonomie zugrunde liegt, eine Aufnahme von Atom und Gas nicht zulasse. Außerdem sei die Europäische Kommission nicht berechtigt, solch grundlegende Fragen per Verordnung alleine zu entscheiden und Europäischen Rat und Europäisches Parlament erst im Nachhinein hinzuzuziehen. Bei Erfolg würden die entsprechenden Artikel ungültig. Allerdings ist unklar, wie hoch die Erfolgsaussichten einer solchen Klage sind und wie lange sie dauert.

Wie sind die im Entwurf vorgesehenen Zusatzkriterien zu bewerten, die Atomkraft für eine „grüne“ Einstufung erfüllen muss?

Die meisten sind bereits Teil geltender EU-Richtlinien zur Sicherheit von Atomkraftwerken und zum Atommüll. Eine Hürde ist vor allem die Anforderung, einen Plan zu präsentieren, nach dem spätestens im Jahr 2050 ein Tiefenlager für hochradioaktiven Atommüll in Betrieb genommen wird. Länder wie Tschechien haben deshalb bereits weichere Kriterien für Atomkraft gefordert. Allerdings gibt es auch hier im Entwurf Schlupflöcher. Beispielsweise gilt diese Anforderung nicht für Laufzeitverlängerungen, die vor 2025 genehmigt werden. Die Geschichte zeigt, dass Pläne zur Inbetriebnahme eines Atommüll-Lagers immer weiter nach hinten verschoben werden. Auch die geltenden EU-Richtlinien werden bisher oftmals nur intransparent oder gar nicht erfüllt.

Nähme man die Kriterien ernst, würde kein einziges Land sie derzeit erfüllen. Dass die meisten Länder, auch Frankreich, der Taxonomie trotzdem zustimmen wollen, zeigt aber, dass sie die Kriterien nicht als ernstzunehmendes Hindernis werten.

Ist die Aufnahme von Erdgas in die Taxonomie nötig für die Energiewende in Deutschland?

Nein. Verschiedene Studien halten zwar mittelfristig zusätzliche Gaskraftwerke als Backup für Dunkelflauten für nötig, übergangsweise auch mit Erdgas betrieben. Man kann diese aber, wenn sie nötig sein sollten, auf verschiedene Weise finanzieren. Es ist nicht nötig, sie dafür als „nachhaltig“ zu deklarieren – zumal sie dies selbst dann nicht sind, wenn sie für den Übergang zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien gebraucht werden sollten.

Julian Bothe





Mini-Reaktor, Baujahr 1961: Der AVR Jülich in Nordrhein-Westfalen lieferte 15 Megawatt Strom. Siemens versuchte in den 1980ern, ein 200-Megawatt-Modul desselben Typs zu vermarkten, scheiterte aber, weil nicht mal der AVR richtig lief. Ein Whistleblower enthüllte im Nachhinein schwere Störfälle und Sicherheitsdefizite. Der Zustand des AVR zu Betriebsende entsprach dem eines havarierten Reaktors mit Kernschaden.

Kleine Meiler, großer Hype

Hintergrund | In Betrieb ist noch so gut wie keiner, medial aber propagiert die Atomlobby sie als das nächste große Ding. Was steckt wirklich hinter dem Hype um kleine modulare Reaktoren (SMR)?

Mstelle sich eine Welt vor, die selbst in den entlegensten Gebieten mit Atomkraftwerken übersät ist, von Sibirien bis Patagonien – ein Alptraum. Doch die Atomlobby hypt kleine, modulare Reaktoren (SMR), die das ermöglichen sollen, als das nächste große Ding. Diese Reaktoren mit maximal 300 Megawatt elektrischer Leistung – einem Fünftel eines großen AKW –, manche auch deutlich weniger, sollen, so die Behauptung, als Ganzes oder in Modulen in einer Fabrik vorgefertigt werden können. Am geplanten Standort müssten sie dann nur noch zusammengesetzt werden.

Realitätsferne Saga

Zur SMR-Saga gehört auch die Behauptung, die kleine Größe böte sicherheitstechnische Vorteile. Wie unhinterfragt viele Medien dies aufgreifen, ist erstaunlich. Denn zahlreiche renommierte Reaktor-Expert*innen zeichnen ein ganz anderes Bild: Trotz des geringeren

radioaktiven Inventars pro Reaktor wäre die Unfallgefahr unterm Strich nicht geringer – wegen der großen Anzahl von Reaktoren, die für dieselbe Leistung nötig wäre. Gleiches gilt für die Kosten: Auf die Kilowattstunde umgerechnet, wären SMR nicht nur deutlich teurer als Erneuerbare, sondern sogar als herkömmliche AKW. Fachleute schätzen, dass sich eine Serienfertigung erst ab etwa 3.000 Stück rechnen würde. Doch ohne Abnahmegarantie wäre es gar nicht möglich, überhaupt die notwendigen Fertigungskapazitäten aufzubauen. Auch in puncto Atommüll und der Gefahr der Weiterverbreitung von nuklearem Material und Know-how sind von SMR keine großen Durchbrüche zu erwarten. Für das Klima spielen sie ohnehin keine Rolle. Denn viele der Minireaktor-Konzepte, gerade die von den bisherigen Leichtwasserreaktoren abweichenden, gehören eher ins Reich der Mythen und Legenden. Sie existieren teils nur auf dem Papier, teils in einem frühen Stadium der Forschung und Entwicklung.



Foto: AVR Jülich

ums nackte Überleben. Um weiterhin Subventionen sowie Forschungs- und Entwicklungsgelder zu bekommen und noch als ernstzunehmender Player zu gelten, muss sie „Zukunftsvisionen“ präsentieren, etwa die der Mini-AKW.

Geopolitische und militärische Interessen

Auch der Politik kommt der SMR-Hype vielerorts gelegen. So verteilen die USA über das „Nuclear Futures Package“ Milliardensummen, um neue Märkte zu erschließen und nebenbei langfristige Abhängigkeiten zu erzeugen. Rumänien etwa soll zu einem „SMR-Ausbildungs- und Schulungszentrum“ werden. Und in Bulgarien unterzeichneten das Staatsunternehmen BEH und das US-Unternehmen Fluor im November eine Absichtserklärung zu Planung und Bau neuer SMR.

Doch die wesentliche Motivation hinter der SMR-Entwicklung dürfte der Wunsch nach militärischer Schlagkraft sein. Schon immer lieferte die zivile Atomindustrie Material, Know-how, Technik und Personal fürs Militär und entlastete so das Verteidigungsbudget. Und gerade SMR eignen sich, ob als Schiffsantrieb oder mobiles Kraftwerk, ideal für militärische Zwecke. Dass viele der Länder, die sich mit SMR beschäftigen, Atommächte sind oder werden wollen: kein Zufall.

Der französische Präsident Macron, der im Wahlkampf öffentlich damit wirbt, dass er neue AKW bauen und die SMR-Entwicklung finanziell unterstützen will, macht keinen Hehl daraus, dass militärische Interessen und atomare Abschreckung dabei eine wichtige Rolle spielen: „Ohne zivile Kernkraft gibt es keine militärische Kernkraft, ohne militärische Kernkraft gibt es keine zivile Kernkraft“, verkündete er Ende 2020. Diese enge Verflechtung zeigt sich unter anderem im französischen SMR-Projekt Nuward. Den Druckwasserreaktor mit einer Leistung von zwei Mal 170 Megawatt entwickelt ein französisches Joint Venture zwischen dem AKW-Betreiber EDF, der Marine-Werft Naval Group, dem Atomforschungszentrum CEA und dem auf nukleare Antriebssysteme spezialisierten Anbieter TechnicAtome. Das Konzept basiert auf einem Flugzeugträger-Antrieb. Parallel dazu sind TechnicAtome und Naval Group an der Entwicklung eines neuen nuklear betriebenen Flugzeugträgers beteiligt ...

Auch die USA treiben die Entwicklung von SMR voran. Auch dort überlappen sich die Lieferketten von Nuklearindustrie und Militär

stark. Das „Atlantic Council“, eine Denkfabrik in Washington, D.C., schätzt den Beitrag des zivilen Nuklearsektors zum nationalen Sicherheitsapparat der USA auf 37,5 Milliarden Euro. Die Nachfrage nach SMR durchs Militär soll wiederum auch die kommerzielle Atomindustrie stützen. Innerhalb des „Project Pele“ investiert das US-Verteidigungsministerium umgerechnet 35 Milliarden Euro in drei Mikro-SMR-Konzepte mit bis zu 10 Megawatt Leistung. Ziel ist zu klären, ob sich diese für den Einsatz als Stromversorgung abgelegener Militärstützpunkte eignen.

In Großbritannien, ebenfalls Atommacht, will Rolls-Royce ins SMR-Geschäft einsteigen. Der in Deutschland als Automarke bekannte Konzern baut unter anderem auch Atomantriebe für U-Boote. Sollte die Entwicklung des Rolls-Royce-SMR erfolgreich sein, will Großbritannien 16 davon bauen. Vordergründig geht es dabei um Versorgungssicherheit. Dabei hat Großbritannien in den letzten Jahren mit dem Ausbau der Windkraft die Kohlekraft praktisch überflüssig gemacht, während die Atomenergie seit ihrem 2006 verkündeten „Comeback“ keinerlei Beitrag zur Dekarbonisierung der Energieversorgung geleistet hat. Boris Johnsons Begeisterung für SMR macht daher nur vor dem Hintergrund Sinn, dass er Know-how, Technologie und Lieferketten der Atomindustrie braucht, um sich die kostspielige britische Atom-U-Boot-Flotte weiter leisten zu können.

Fazit

Die wahren Treiber der Diskussion um SMR sind also Eigeninteressen der Atomindustrie sowie geopolitische und militärische Interessen der Politik. Mycle Schneider, Herausgeber des „World Nuclear Industry Status Report“, hält SMR zwar für eine „orchestrierte Schaumschlägerei“ und einen „Riesenhype“. Wegen der dahinterstehenden starken Interessen ist dennoch zu befürchten, dass weiter Unsummen in SMR investiert werden. Sollten diese tatsächlich irgendwann in großen Stückzahlen Verbreitung finden, wird dies mit all den Risiken und Folgen verbunden sein, die Atomkraft schon immer hatte – und wegen der breiten Verteilung neue Sicherheitsrisiken mit sich bringen.

Das Klima hat unterdessen das Nachsehen. Schon jetzt wirken sich Investitionen in SMR negativ auf die Energiewende aus: Das Geld fehlt für den Ausbau der Erneuerbaren, für intelligente Netze und für Speichertechnologien – und damit für echten Klimaschutz.

Anna Stender

Dazu zählen Generation-IV-Modelle wie Flüssigsalzreaktoren, Brutreaktoren und Hochtemperaturreaktoren. Frühestens in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts könnten sie kommerziell verfügbar sein – wenn überhaupt.

Selbsterhaltungstrieb der Atomindustrie

Die wenigen SMR-Konzepte, die früher auf den Markt kommen könnten, greifen existierende Leichtwasser-Designs auf – mit all ihren Risiken und Problemen. Dazu gehören Projekte wie VOYGR von NuScale in den USA, ein geplanter Rolls-Royce-SMR in Großbritannien und Nuward in Frankreich sowie verschiedene Vorhaben in Russland und China. Doch selbst sie kommen in jedem Fall zu spät, um das Klima zu retten. Denn um in nennenswertem Umfang CO₂-Emissionen zu senken, müssten innerhalb weniger Jahre Tausende bis Zehntausende Reaktoren gebaut werden. Völlig unrealistisch, das weiß auch die Atomlobby.

Was steckt also wirklich dahinter? Wer hat trotz horrender Kosten und immenser Risiken ein Interesse daran, diese Projekte weiter voranzutreiben?

Ganz offensichtlich ist dies zunächst einmal die Nuklearindustrie selbst. Trotz der immer wieder neu beschworenen angeblichen „Renaissance der Atomkraft“ befindet sie sich in Wahrheit schon lange in einer schweren Krise. Die wenigen seit dem Reaktorunglück von Tschernobyl in Europa angestoßenen Neubauprojekte, etwa der französische EPR, entwickelten sich allesamt zum Debakel. Für die Branche geht es

„Niemand wusste, was man noch essen kann“

Porträt | Karin Wurzbacher, 78, gründete nach Tschernobyl die „Mütter gegen Atomkraft“ und kämpft gegen den mit waffenfähigem Brennstoff betriebenen Reaktor in Garching



Foto: privat

Als ich Physik studiert habe, war es sehr modern, das Fach Atomphysik zu belegen. Wir haben gerechnet, wann eine Nuklearreaktion kritisch ist, und was man tun muss, damit sie unterkritisch bleibt. Aber im Grunde bin ich ziemlich naiv an das Thema herangegangen.

Auf einem Vortrag eines kritischen Professors aus München über die Wiederaufarbeitungsanlage, die im bayerischen Wackersdorf gebaut werden sollte, sind dann Wörter wie „Plutonium“, „höchst gefährlich“, „giftig“ gefallen – und mir ist klar geworden, dass es noch eine andere, sehr kritische Seite der Atomenergie gibt, die in den Uni-Vorlesungen nicht angesprochen wurde.

Dann kam Tschernobyl, alles stand Kopf. Und ich habe meinen physikalischen Verstand eingesetzt. Wenn die Wolke bis Bayern kommt, das wusste ich, wird es uns treffen. Man konnte nur versuchen, die Gefährdung zu minimieren. Ich hatte zwei kleine Kinder, im Kindergarten gab es jeden Tag Frischmilch. Ich habe klar ausgedrückt, dass ich nicht mehr möchte, dass sie diese Milch trinken, und dass es für die anderen Kinder auch nicht gut wäre, und dass sie auch nicht mehr jeden Tag draußen spazieren gehen sollten. Danach kamen die Anfragen von anderen Müttern: Erklär uns das mal. So ging es los.

Fast ganz Bayern war ja Hotspot, insbesondere der Süden, wo heftiger Regen die radioaktiven Teilchen aus der Wolke gewaschen hatte. Wir waren eine Gruppe von Frauen hier aus dem Raum Starnberg. Nach dem Schneeballsystem haben wir alle Bekannten angerufen und gesagt: Wir treffen uns am Muttertag am Marienplatz in München und legen unsere verstrahlten Blumen nieder, um ein Zeichen zu setzen. Uns blieben keine zwei Wochen Zeit. Aber zur Demo hatten wir ein Flugblatt, darauf stand schon: Wir fordern, dass alle AKWs in Deutschland abgeschaltet werden. Wir haben nicht gefordert: Wir wollen saubere Nahrung für unsere Kinder!

Auf Flugblättern muss ja immer ein ViSdP stehen. Die arme Mutter, die sich dafür hergegeben hatte, hat in der Folge Anrufe ohne Ende bekommen, von besorgten Menschen. Als nächstes haben wir Infoblätter mit Empfehlungen erstellt, was man tun kann, welche Milch man noch trinken kann und so weiter. Eine Ärztin aus unserer Runde, die als Verantwortliche genannt war, bekam ebenfalls waschkörbeweise Anfragen, das kann man sich gar nicht vorstellen. Wir waren wirklich am Ende unserer Kräfte. Das ging ja alles ohne Computer. Stundenlang haben wir an einem Biertisch auf unserer Terrasse Infoblätter eingetütet ... Es war klar, das konnte keine Dauerlösung sein. Es entstand die Idee, einen Verein zu gründen. Manche wollten einen sanfteren Namen, etwas Positives. Aber ich habe gesagt: Was wollen wir denn? Wir sind gegen Atomkraft. Das müssen wir auch sagen. So wurden wir die „Mütter gegen Atomkraft“.

Bei unseren ersten Demos haben uns Anwohner noch hinterhergerufen: „Geht nach Hause an den Herd!“ Das haben wir einfach ignoriert. Die Staatsregierung hat damals ja jegliche Gefahr negiert, hat Messwerte nicht veröffentlicht oder sie manipuliert. Niemand wusste, was Sache ist, was man noch essen kann. Frauen, Bäuerinnen – alle waren total verunsichert. Viele kamen ratsuchend zu mir. Sozusagen im Auftrag aller Verunsicherten bin ich dann zu Vorträgen kritischer Münchner Professoren gegangen und habe das, was sie erzählt haben, weitertransportiert.

Noch 1986 haben wir das erste Infoblatt erarbeitet, wie der Atomausstieg funktionieren könnte, das hat man uns aus der Hand gerissen. Es gab ein Gutachten vom Öko-Institut dazu, das, nebenbei bemerkt, damals noch hauptsächlich auf Kohlekraftwerke als Ersatz gesetzt hatte, denn das Klimathema stand noch nicht im Vordergrund.

An den Protesten gegen die WAA habe ich lange nicht teilgenommen: Ich hatte einfach Schiss. Ich dachte: Ich muss doch für die Kinder

da sein, mir darf nichts zustoßen. Aber dann, beim Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald, haben wir einen starken Auftritt gehabt. Antragsteller und Behördenvertreter auf dem Podium hatten es sich gemütlich gemacht, sie dachten wohl: Jetzt kommen ja bloß die „Mütter“. Ich aber hatte festgestellt, dass die im Sicherheitsbericht bei den Emissionen gelogen haben. Ein weiterer Punkt waren die leukämiekranken Kinder in der Umgebung der WAA Sellafield. Ich war total unsicher, hatte meinen Text Prof. Scholz und den Anwälten zu lesen gegeben, um sicher zu gehen, dass ich solche Worte überhaupt benutzen darf. Schließlich stellte ich meine erste Frage – keine Reaktion. Ich: „Antwort, bitte!“ Und nochmal: „ANTWORT, BITTE!“ Erst dann sind alle aufgewacht, nun ging es Schlag auf Schlag. Das mit den Emissionen hat – nach mir! – auch das Öko-Institut moniert. Da hatte ich schon ein bisschen gepunktet. Mein Vortrag hat auch die anderen „Mütter“ motiviert, sie haben ebenfalls Antworten eingefordert. Der Verhandlungsleiter ist am nächsten Tag nicht mehr angetreten.

Es gab Tumulte in der abgesperrten Halle, faule Eier flogen. Ich war mit zwei weiteren Frauen draußen, hatte aber furchtbare Angst, weil noch eine Mutter mit kleinem Kind in der Halle war. Da meinte ein altes Oberpfälzer Ehepaar auf einer Bank ganz trocken: „Ja mei, a bissl Rabatz muss scho sei. Weil wenn ma bloß a Schuidl hochhalt, dann hülft des nix.“ Das fand ich so gut! Tags drauf aber dachte ich: War das wirklich ich, die da im Saal gestanden und Anklagen erhoben hatte? Das passte irgendwie nicht zu dem, wie ich mich selber bisher kannte.

Für die Anti-AKW-Bewegung waren wir zunächst nur die „Mütter“, die „Becquerelis“, die Unpolitischen gewesen. Nach Neunburg waren wir anerkannt, in der Folge bin ich viel für Vorträge gebucht worden. Wenn mich mein Mann nicht unterstützt hätte, wäre das gar nicht gegangen.

Manches von damals wiederholt sich. Siemens etwa wollte zu der Zeit eine Typengenehmigung für einen Mini-Reaktor bekommen – den „HTR-MODUL“ mit nur 200 MW thermischer Leistung, das ist ein Zwanzigstel eines heute üblichen AKW. Haben sie aber nie gekriegt – weil ihr Prototyp, der Kugelhaufenreaktor AVR in Jülich, nie ordentlich lief und Siemens das Modul nicht vermarkten konnte. Heute ist wieder von solchen

Mini-Reaktoren die Rede – ein Versuch, die untergehende Atomindustrie zu retten.

Die „Mütter gegen Atomkraft“ lösen sich dieses Jahr auf – das Vereinsziel, dass alle AKWs in Deutschland abgeschaltet werden, ist ja erreicht. Und der Informationsbedarf über verstrahlte Nahrung hat natürlich abgenommen. Aber in Süddeutschland muss noch immer jedes erlegte Wildschwein auf Radioaktivität untersucht werden, auch manche Pilzarten sind noch stark belastet: Tschernobyl ist bis heute nicht gegessen. Die „Mütter“ haben auch Hilfsprojekte für die Kinder von Tschernobyl gestartet, eines davon läuft bis jetzt. Die Restgelder des Vereins werden wir deshalb dem ukrainischen Pfadfinderbund geben, der krebssranke Kinder in Kiew unterstützt.

Nachdem meine Kinder aus dem Gröbsten raus waren, bin ich nach einem Aufbaustudium

beim Umweltinstitut München gelandet. Schon zuvor war ich in einer Physiker*innen-Arbeitsgruppe zum geplanten Forschungsreaktor FRM-II in Garching. Den haben wir auch am Umweltinstitut dann kritisch begleitet. Er wird ja mit waffenfähigem Uran betrieben, unter Missachtung jahrzehntelanger internationaler Abrüstungsbemühungen. Die Betriebsgenehmigung wurde daran gebunden, dass er bis Ende 2010 umgerüstet wird auf weniger waffentaugliches Uran. Die TU München verweigert das bis heute. Nun läuft eine Klage dagegen.

Als der Klimaschutz ein großes Thema wurde, hat die Atomindustrie gleich versucht, sich als Klimaretterin zu präsentieren – so absurd das auch ist. Dagegen habe ich mit anderen schon 2007 bei der Klimakonferenz in Bali protestiert, übrigens unter dem Motto „Don't nuke the climate“. Der Spruch macht ja bis heute Karriere. Aber das „Urheberrecht“ darauf, das haben wir, die damals in Bali protestiert haben.

Protokoll: Armin Simon

Bei unseren ersten Demos haben uns Anwohner noch hinterhergerufen: „Geht an den Herd!“

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Auf nach Schönau!

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



Auf die Räder, fertig, los!



Aktion | Die beiden großen Anti-Atom-Radtouren im Sommer durch Nord- und Süddeutschland nehmen Gestalt an. Eine Anmeldung ist ab sofort möglich. An allen Orten wird es vielfältiges Programm geben

Mit je einer großen Nord- und Süd-Radtour feiern Atomkraftgegner*innen aus Deutschland und den angrenzenden Ländern im Sommer den großen gemeinsamen Erfolg: 2022 gehen die letzten drei (von einst mehr als 30) AKW in Deutschland vom Netz.

Wen soll ich mitbringen?

Alle, die ein Zeichen gegen Atomkraft setzen wollen. Alle, die zeigen und feiern wollen, dass es sich lohnt, mit langem Atem gemeinsam für ein Ziel einzutreten. Und natürlich alle Freund*innen und Mitstreiter*innen, die mit Dir zusammen gegen Atomkraft aktiv waren oder sind.

Was passiert unterwegs und an den Etappenorten?

Dort wird es Aktionen, Kundgebungen, Partys, Vorträge, Diskussionen, Filmvorführungen, Konzerte und Begegnungen geben, jeweils geplant von örtlichen Initiativen und unterstützt von .ausgestrahlt. Alles in allem jede Menge Gelegenheiten, um Erinnerungen auszutauschen, die gemeinsamen Erfolge zu feiern und Kraft für die noch anstehenden Auseinandersetzungen zu tanken.

Muss ich die ganze Tour mitradeln?

Natürlich nicht. Jede*r sucht sich die Etappe(n) aus, die ihm* ihr gefallen. Wer gar nicht radeln will, kann auch einfach zu den jeweiligen Etappenorten kommen und dort mitmachen.

Sind E-Bikes erlaubt?

Klar. Es wird Lademöglichkeiten geben, natürlich mit Ökostrom. Normale Räder tun es aber auch: Die Tagesetappen sind 30–70 Kilometer lang. Bei den längeren gibt es außerdem die Möglichkeit, eine Teilstrecke mit der Bahn zu fahren. Und natürlich haben wir auch ein Begleitfahrzeug dabei. Keine*r wird also auf der Strecke bleiben.

Was ist mit Unterkunft und Verpflegung?

.ausgestrahlt bucht für alle, die sich verbindlich anmelden, eine einfache Übernachtungsmöglichkeit. Selbstorganisierte andere Unterkünfte sind natürlich möglich. Die erfahrene Demo- und Camp-Küche „Fläming Kitchen“ begleitet uns die gesamte Tour und versorgt uns täglich mit drei Mahlzeiten.

Was kostet es mitzuradeln?

.ausgestrahlt will die Touren auf solidarischer Spendenbasis finanzieren. Das heißt: Alle, die wollen, sollen mitmachen, ohne finanzielle Verpflichtung. Und alle, die können, sollen sich an den Kosten beteiligen. Auch Spenden von Menschen, die nicht teilnehmen, sind erwünscht.

Muss ich mich anmelden?

Mitfahren geht auch ohne Anmeldung. Übernachtungsplätze können wir allerdings nur für angemeldete Teilnehmer*innen garantieren. Und es erleichtert die Organisation ungemein, wenn ungefähr klar ist, wie viele Menschen auf jeder Etappe dabei sind. Die Anmeldung ist ab sofort möglich.

Wann kann ich wo dabei sein?

Nordtour: 9. Juli – 31. Juli, in 21 Etappen von Tihange nach Gorleben. (Die im letzten Magazin noch angekündigte vierte Woche Gorleben-Berlin mussten wir aus organisatorischen Gründen leider streichen.)

Südtour: 13. August – 4. September, in 20 Etappen von Kahl/Main nach Freiburg.

Mehr Infos und Anmeldung

Die genauen Tourpläne samt Etappenbeschreibungen, Kilometerangaben, Programm und organisatorischen Hinweisen sowie das Anmeldeformular findest Du auf ausgestrahlt.de/radtour

Tour-Praktikum

Für Vorbereitung, Begleitung und Unterstützung der beiden dreiwöchigen Anti-Atom-Radtouren im Sommer 2022 sucht .ausgestrahlt vom 16. Juni bis 15. September 2022 ein bis zwei Praktikant*innen. Infos unter ausgestrahlt.de/praktikum



Fr, 3.6.: Kulturelle Widerstandspartei, die letzte

45 Jahre, nachdem Gorleben zum Standort eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“ erkoren wurde, sind die Pläne für eine WAA gescheitert, das geplante Atommüll-Lager im Salzstock Gorleben ist vom Tisch und die letzten drei AKW stehen kurz vor ihrer Abschaltung – der jahrzehntelange Widerstand Hunderttausender hatte Erfolg! Höchste Zeit für ein großes Fest: Auf zur letzten Kulturellen Widerstandspartei am 3. Juni ab 14 Uhr an den Atomanlagen in Gorleben! Mit dabei sind Mal Élevé, Hundreds, Reggaedemmi, Gastone, Laturb, Strom & Wasser sowie weitere Überraschungsgäste.

kulturelle-widerstandspartei.de



.ausgestrahlt-Shop

Damit Engagement gegen Atomkraft keine Frage des Geldbeutels sein soll, ist das gesamte Sortiment des .ausgestrahlt-Shops kostenlos erhältlich. .ausgestrahlt übernimmt sogar Deine Versandkosten. Wir freuen uns, wenn Du die Herstellung des Materials mit einer solidarischen Spende unterstützen kannst. Bestellung nur online – da gibt's auch das volle Sortiment zu sehen: www.ausgestrahlt.de/shop

KLIMA UND ATOM

Plakat „Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.

A2 – M-309-20



Broschüre „Irrweg in der Klimakrise“

Warum Atomkraft keine Antwort auf den Klimawandel ist.

A6, 40 Seiten – V-309-04



Aufkleber „Weg mit Kohle UND Atom – Erneuerbar ist unser Strom!“

Wetterfest

8 × 10 cm – V-309-03

Flyer „Atomkraft ist kein Klimaretter“

Klimaschutz? Ja bitte! Aber nur mit Erneuerbaren Energien, nicht mit Atomkraft.

DIN lang, doppelseitig – M-309-19



.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 54

Zum Auslegen und Verteilen.

A4, 24 Seiten – M-121-54



Flyer „Gemeinsam gegen Atomenergie“

.ausgestrahlt stellt sich vor: Wie sieht die Arbeit von .ausgestrahlt aus? Was haben wir gemeinsam mit unzähligen Atomkraftgegner*innen erreicht? Und warum ist Widerstand weiterhin nötig?

DIN lang, sechsseitig – M-222-03



Flyer „.ausgestrahlt braucht deine Unterstützung“

Du willst Freund*innen und Bekannte dafür gewinnen, .ausgestrahlt finanziell zu unterstützen? Dieses Falblatt liefert gute Argumente!

DIN lang, sechsseitig – M-222-01



ANTI-ATOM-SONNE

Anti-Atom-Fahnen

Wenn Du mehr als eine Fahne benötigst, schreib bitte an shop@ausgestrahlt.de



Klein, 30 × 30 cm,

mit Plastik-Halterung für Fahrrad oder Auto – V-123-08

Groß, 90 × 60 cm – V-123-09

Maxi, 40 × 120 cm – V-123-11

Transparent „EU-Taxonomie retten: Kein Öko-Label für Gas und Atom“

Wetterfest, mit Tunneln an beiden Seiten und Ösen an den Ecken. 4 × 0,8 m, Lieferzeit ca. 3 Wochen



Ein Transparent kostet in der Herstellung ca. 30 Euro. Bestellung nur per E-Mail an shop@ausgestrahlt.de

Aufkleber „Immer noch aktiv gegen Atomkraft“

20,5 × 6,5 cm,

für drinnen – M-123-01



Aufkleber „Dieses Haus ist atomstromfrei“

Zeige Deinen Nachbar*innen, dass es auch ohne Atomstrom geht!

Wetterfest, 16 × 6 cm – V-123-55



ATOMMÜLL

Flyer „Das Märchen von der Transmutation“

Warum der Atommüll nicht weggezaubert werden kann, sondern bleiben wird.

DIN lang, achtseitig – M-309-21



Flyer „Stiftung Atomerbe“

Das Vermächtnis der Anti-Atom-Bewegung. Die Stiftung sammelt Geld zur Unterstützung kritischer Akteur*innen.

DIN lang, sechsseitig – M-222-04



! Wenn Du für eine Aktion größere Mengen benötigst, wende Dich bitte an shop@ausgestrahlt.de



Jochen Stay – ein Nachruf

Abschied von Jochen

Die Trauerfeier und Beisetzung von Jochen finden im engsten Kreis statt. **Am Samstag, den 12. März** wird es einen **öffentlichen, Jochen-gemäßen Abschied** im Wendland geben, den .ausgestrahlt und die BI Lüchow-Dannenberg gemeinsam organisieren. Hierzu laden wir Dich herzlich ein. Mehr Infos demnächst unter ausgestrahlt.de/jochen

Viele kannten als erstes seine Stimme. Die ganze Nacht lang schallte sie aus den Lautsprechern, die auf ein Auto-dach montiert waren, über Acker und Straße. Im Auto saß Jochen, er informierte, kommentierte, deeskalierte – ein Twitter-Account am Megafon. Am Morgen war er heiser. Aber das Kalkül von „X-tausendmal quer“ war aufgegangen: 9.000 Menschen hatten sich dem Castor in den Weg gesetzt, eine öffentlich angekündigte, gewaltfreie Sitzblockade, fast einen Kilometer lang. „Bürgerschaftliches Engagement“ nannte das der niedersächsische Innenminister im Rückblick. Die Polizei, der Staat, die Atomindustrie kam dagegen nur mit Tritten und Wasserwerfern an – eine politische Niederlage, deren Bilder um die Welt gingen.

Die Macht direkter gewaltfreier Aktionen hatte Jochen schon als Teenager erfahren, bei

den Sitzblockaden gegen die Raketen in Mutlangen und den Wäldern, die sie für ihre Manöver nutzten. Er schrieb darüber unter anderem in der gewaltfrei-anarchistischen „graswurzelrevolution“, deren regelmäßiger Autor (und zwischendurch Koordinationsredakteur) er von 1989 bis 2008 war.

Über die Auseinandersetzungen um die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf kam er Mitte der 1980er in Kontakt zur Anti-Atom-Bewegung. Als der INF-Vertrag den Abzug der Raketen besiegelte, wandte sich Jochen mit anderen Aktiven den Atomtransporten zu: Routen auskundschaften, Transporte blockieren, darin hatten sie Erfahrung. Die Kampagne „X-tausendmal quer“, von Jochen mit initiiert und organisiert, war der erfolgreiche Versuch, die bei den Pershing-Blockaden erprobten Methoden zur Massenaktion zu entwickeln. Was in den Augen Jochens vor allem



Foto: Gorleben Archiv

hieß, Bedingungen zu schaffen, die möglichst viele Menschen ermutigten, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen – mit politisch maximaler Wirkung.

Eine Stimme für Hunderttausende

Mit dem gleichen Ziel gründeten Aktive aus dem Umfeld von „X-tausendmal quer“, darunter Jochen, 2008, als der „Spiegel“ auf dem Titelbild die Anti-Atom-Sonne untergehen ließ, die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, die Hunderttausenden Atomkraftgegner*innen eine Stimme verlieh und den Widerstand gegen Atomkraft wieder sichtbar machte. Anti-Atom-Sonnen, Unterschriftensammlungen und Grodemos bildeten den Anfang. Und wir fassten ein kühnes Ziel: Den Betrieb der AKW nicht nur kritisch zu begleiten, sondern sie tatsächlich abzuschalten. Unrealistisch? Nicht in Jochens Augen. Denn er wusste: Wo Konflikt ist, können wir auch Einfluss nehmen. Und der Dissens um Atomkraft, der die ganze Gesellschaft spaltete, lag offen wie lange nicht mehr.

Jochen hatte die Idee, die schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen 2009 zu „belagern“. Wochenlang beherrschten die Anti-Atom-Proteste die Berichterstattung aus dem politischen Berlin. Und während Union und FDP an der Laufzeitverlängerung der AKW feilten, erweiterte Jochen das Repertoire der Anti-Atom-Bewegung um eine weitere, einst gegen Pershing-Raketen erprobte Protestform: die Menschenkette. 120 Kilometer, so seine Vision, vom AKW Brunsbüttel bis zum Pannemeiler Krümmel. Manch große Umweltorganisation riet ob der Gefahr des Scheiterns eindringlich ab. Jochens Zugkraft und Überzeugung aber riss genug andere mit. Am 24. April 2010 formierten sich 120.000 Menschen entlang der Elbe zum längsten Anti-AKW-Protest in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Laufzeitverlängerung verhinderte das zunächst zwar nicht. Das Protestfass aber war voll bis an den Rand. Der Super-GAU von Fukushima brachte es zum berlaufen – und der

nachfolgende Protest Hunderttausender läutete Merkels Atom-Wende ein. Fast die Hälfte der damals noch laufenden AKW ging sofort vom Netz.

Auch der Protest gegen ein Atommüll-Lager im Gorlebener Salzstock, den Jochen jahrzehntelang mit prägte, führte 2020 zum Erfolg. Das hielt Jochen nicht davon ab, den Finger weiter in die Atommüll-Wunde zu legen: Niemand konnte die Defizite und falschen Versprechungen des laufenden Standortsuchverfahrens präziser benennen als er.

Die Macht der Ohnmächtigen

Jochens Tod ist nicht nur für .ausgestrahlt ein immenser Verlust. Sein Wirken hat die Anti-Atom-Bewegung seit den 1980er-Jahren mitgeprägt und zu vielen ihrer Erfolge maßgeblich beigetragen. Auch zahlreiche andere Bewegungen und Kampagnen profitierten von seiner Erfahrung und seinem Rat.

Jochens Sachverstand und seine Begeisterungsfähigkeit werden uns fehlen, genau wie sein Dickkopf und seine Überzeugungskraft, seine Klarheit, sein Einsatz, seine Verantwortungsbereitschaft und sein großes Herz. Sein meist untrügliches Gespür für politische Gelegenheiten. Und seine immense Erfahrung, wie Protest erfolgreich Einfluss auf politische Konflikte nehmen kann.

Jochen war sich bewusst, dass seine vererbte Herzerkrankung sein Leben irgendwann abrupt beenden könnte. Von Plänen und Projekten hielt ihn dies nicht ab. Am Samstag, den 15. Januar 2022, ist er im Alter von 56 Jahren plötzlich und viel zu früh gestorben.

Es war Jochen ein Anliegen, nicht nur die konkreten Errungenschaften und Erfolge der Anti-Atom-Bewegung, sondern auch die weit über das Atom-Thema hinaus strahlenden zu sichern und als das zu benennen, was sie sind: Der Beweis, dass es sich lohnt, selbst für zunächst utopisch erscheinende Ziele zu kämpfen. Der Beweis, dass, wenn sich die scheinbar Ohnmächtigen zusammenschließen und sich wehren, es die scheinbar Mächtigen unendlich schwer haben, ihre Pläne durchzusetzen. Das war einer von Jochens Lieblingsstzen. Wir werden ihn nicht vergessen.

Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team

„Dein Brenlachen zu hören, deinen Sturkopf und deine Schnelligkeit im Denken zu erleben und viele großartige Ratschläge von dir zu bekommen waren eine große Freude und ein Riesengeschenk.“ Stevie Schmiedel, PinkStinks

„Wie oft haben wir mit Dir gezankt? X-tausendmal gefühlt. ber das Für und Wider von Demo-Mitmachschnipseln und Mitmach-Kommissionen, über das Sich-Setzen, Sich-Widersetzen, Querstellen oder -legen. Häufig lagen unsere Linien über Kreuz und wir wählten verschiedene Routen. Doch nur bis zur nächsten Gabelung. Denn über das Ziel war wir uns einig.“

anti-atom-Büro Hamburg

„Ich habe nur seine besonnene und eloquente Stimme gehört, die aus dem Lautsprecherwagen von X-tausendmal quer uns im Angesicht der Wasserwerfer Mut zusprach. Diese klare Stimme ist jetzt verstummt, aber ich höre sie immer noch.“

Juan Romero

„Eine Deiner tollen Fähigkeiten war es, Menschen für Deine Ideen zu begeistern.“

Marties

„Mgen X-Tausende seinen Weg fortsetzen!“

Raphael

Erinnerungen an Jochen

Hunderte Menschen haben uns **Erinnerungen an, Erlebnisse mit und Gedanken** zu Jochen geschickt – vielen Dank! Möchtest Du daran mitwirken, schicke Deinen Beitrag gerne an **jochen@ausgestrahlt.de**. Bitte schreib jeweils dazu, ob wir ihn – ggf. mit Namen oder anonym – veröffentlichen dürfen oder nicht. Eine Auswahl der öffentlichen Beiträge sowie lesenswerte Nachrufe auf Jochen findest Du unter **ausgestrahlt.de/jochen**



Foto: Kina Becker



Auftakt zum Abschaltjahr: 3 AKW weniger

Zum Jahreswechsel gehen die Atomkraftwerke in Gundremmingen, Brokdorf und Grohnde endlich vom Netz. Insbesondere Brokdorf und Grohnde waren schon während ihres Baus heftig umstritten, umkämpft und Schauplatz von Großdemonstrationen. Dass sie in Betrieb gingen, empfanden viele Anti-AKW-Bewegte als Niederlage. Am Ende aber siegte der lange Atem des Protests.

Wegen der Corona-Pandemie sind keine großen Abschaltpartys möglich, gefeiert wird trotzdem:

- In **Brokdorf** projiziert .ausgestrahlt in der Nacht auf den 31. Dezember in großen Lettern Siegesbotschaften auf die Reaktorkuppel: „Dat Ding is ut!“, „Gemeinsam gewonnen“, und „Schluss! Endlich!“. Schon am 6. Dezember versammeln sich Anti-Atom-Aktive zum letzten Mal zur traditionellen Mahnwache vor dem Haupttor des AKW. Seit 1986 forderten sie dort jeden Monat den Ausstieg aus der Atomenergie ein – insgesamt 425 Mal.
- Gegner*innen des AKW **Grohnde** stoßen in der Silvesternacht direkt vor dem Werkstor „ihres“ Reaktors auf dessen Ausan; .ausgestrahlt unterstützt die Aktion. Die ursprünglich für Anfang Januar geplante Abschaltparty soll nachgeholt werden, wenn es die Corona-Situation wieder zulässt.
- Auch am AKW **Gundremmingen** feiern Atomkraft-Gegner*innen am letzten Tag des Jahres 2021 mit einer Mahnwache. Deren Tradition soll künftig in der Nähe des dortigen Atommüll-Zwischenlagers fortgesetzt werden.



Foto: Werner Anders

Alternative Statuskonferenz zur Standortsuche

Mehr als 100 Menschen nehmen am 30. und 31. Oktober an der zweiten „Alternativen Statuskonferenz zur Standortsuche für ein tiefegeologisches Atommüll-Lager“ teil. Organisiert wird die Online-Konferenz von .ausgestrahlt zusammen mit der AG Schacht Konrad, der BI Lüchow-Dannenberg und dem BUND. Umweltorganisationen, Wissenschaftler*innen, Initiativen und Expert*innen ziehen eine erste kritische Bilanz und beschäftigen sich mit zahlreichen Fragen rund um die Atommüll-Lagerung. Dabei geht es auch um Themen, für die im Standortsuchverfahren kein Platz ist, etwa die langfristige Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle und die Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle. Neben Fachvorträgen gibt es viel Zeit für Austausch und Vernetzung. Bei der Konferenz wird deutlich: Selbstorganisation funktioniert, wenn man sie zulässt. Die offizielle „Statuskonferenz“ zur Standortsuche hatte das für das Suchverfahren zuständige Atommüllbundesamt abgesagt. Videoaufzeichnungen und Folien der Präsentationen sowie den Bericht findest Du unter ausgestrahlt.de/alternative-statuskonferenz/



Geld für Online-Archiv und Sommerakademie

Die vom Gorleben-Archiv gepflegte „Gorleben-Chronik“, ein stetig wachsendes Online-Nachschlagewerk zum jahrzehntelangen gesellschaftlichen Großkonflikt um die Atommüll-Lagerung, soll um Videos, Bilderserien und zusätzliche Inhalte erweitert und der gesamte Datenbestand zudem in Form einer durchsuchbaren Datenbank zugänglich gemacht werden. Die von .ausgestrahlt initiierte Stiftung Atomerbe unterstützt dieses Vorhaben mit 2.000 Euro. Gleiches gilt für die „Sommerakademie 2022“ des Fachportals atommuellreport.de, die jungen Menschen die Möglichkeit bietet, sich intensiv mit den Gefahren der Atomenergie und der Atommülllagerung zu beschäftigen.

Anträge für die nächste Förderrunde der Stiftung sind noch bis 4. April 2022 möglich. stiftung-atomerbe.de

stiftung •atomerbe

Infoveranstaltung zur Standortsuche im Emsland

„Wie lässt sich ein schlechtes Lager verhindern?“ ist Thema eines Vortrags von .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay auf einer Infoveranstaltung der Interessengemeinschaft „Kein Atommüll-Endlager im Emsland“ in Renkenberge am 16. Oktober. Dabei nimmt er die erklärten Ziele des Standortauswahlgesetzes auseinander und macht deutlich, warum die Suche nach einem Endlager eben nicht transparent, partizipativ, wissenschaftsbasiert, selbsthinterfragend und lernend ist. Stays Fazit: Die betroffenen Regionen müssen sich solidarisieren, wenn das Verfahren zu einer guten Lösung führen soll. Im nördlichen Emsland sind drei Salzstöcke als mögliche Standorte im Gespräch. ausgestrahlt.de/standortsuche

Atom-Greenwashing stoppen

Menschen in Schutzanzügen und Gasmasken schmieren grüne Farbe auf Atommüll- und Gasfässer: 120 Anti-Atom- und Klimaschutz-Aktivist*innen aus Deutschland und Frankreich protestieren am 19. Januar im Zentrum von Straßburg gegen den Plan der Europäischen Union, gefährliche Atomkraft und klimaschädliches Erdgas als angeblich „grün und nachhaltig“ einzustufen. Anlass der von einem internationalen Bündnis unter Beteiligung von .ausgestrahlt kurzfristig organisierten Aktion ist der Auftritt des französischen Präsidenten und Atom-Lobbyisten Macron im Straßburger EU-Parlament, wo dieser seine Pläne für den französischen Ratsvorsitz vorstellt.

Den Unmut von Anti-Atom- und Klimabewegung bekommt zwei Monate zuvor auch schon Olaf Scholz zu spüren. Mit einer Aktion vor der SPD-Parteizentrale in Berlin am 18. November fordern .ausgestrahlt und andere Umweltorganisationen Scholz – zu diesem Zeitpunkt noch kommissarischer Finanzminister und Bundeskanzler in spe – lautstark auf, bei der Europäischen Kommission gegen die geplante Einstufung von Atomkraft und fossilem Gas als „nachhaltige“ Investitionen zu intervenieren. Die Aktion verleiht auch dem offenen Brief Nachdruck, in dem .ausgestrahlt und 128 internationale Organisationen Scholz zuvor aufgefordert haben, in Brüssel „klare Kante“ gegen die Aufnahme von Atomkraft und fossilem Gas in die Taxonomie zu zeigen. Mehr zum Thema auf [Seite 12/13](#) sowie unter ausgestrahlt.de/eu-taxonomie



Foto: Joerg Farys



Foto: Julian Rettig

Proteste in Berlin (oben) und Straßburg

Gemeinsame Erklärung zur COP26

In einer gemeinsamen Erklärung warnen 300 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus fünf Kontinenten – darunter auch .ausgestrahlt – am 28. Oktober vor der Atomkraft als gefährlicher Scheinlösung im Kampf gegen die Klimakrise. Anlässlich der Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow fordern sie, die konsequente globale Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbaren nicht mit Investitionen in die Atomenergie zu blockieren. Dass solche Appelle nötig sind, zeigt das Mitmischen der Atomlobby auf der Konferenz, die aus der Klimakrise Profit schlagen will. Den Wortlaut der Erklärung (auf Englisch) mit inzwischen mehr als 400 Unterzeichnenden und viele weitere Informationen gibt es online unter dont-nuke-the-climate.org/cop-26-statement

.ausgestrahlt sagt Danke

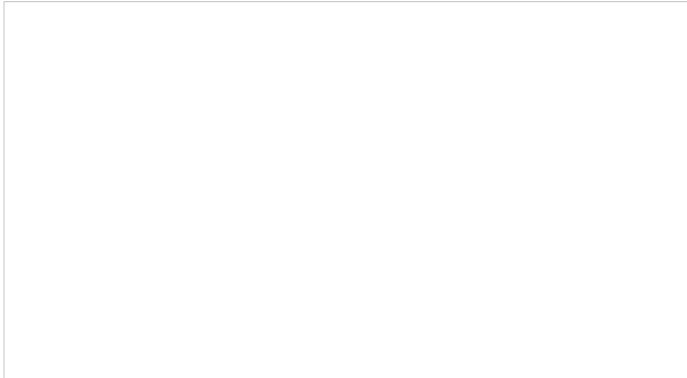
Mit einmaligen oder regelmäßigen kleineren oder größeren Beiträgen sichern Spender*innen und Förder*innen die finanzielle Basis der unabhängigen, vielseitigen und verlässlichen Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt. 154 Förder*innen sind Ende 2021 neu hinzugekommen oder haben ihren Beitrag aufgestockt – vielen Dank! Bei unserer Verlosung gewonnen haben: Bettina Jantzen (Hamburg), Christian Kolb (Mannheim), Dietrich Metzger (Scheeßel), Femke Gödeker (Geeste), Karl-Hans Sprünker (Saarbrücken), Klaus Schestag (Kraichtal), Marianne Kröll (Heidelberg), Regina Großefeste (Moers), Regine Kleiner (Alfter), Ronny Fenske (Bremen), Rüdiger Müller (Monteleone/Italien), Stefanie Nadler (Berlin), Vanessa Schlevogt (Frankfurt a. M.) und zwei weitere Unterstützer*innen – herzlichen Glückwunsch!

ausgestrahlt.de/foerdern



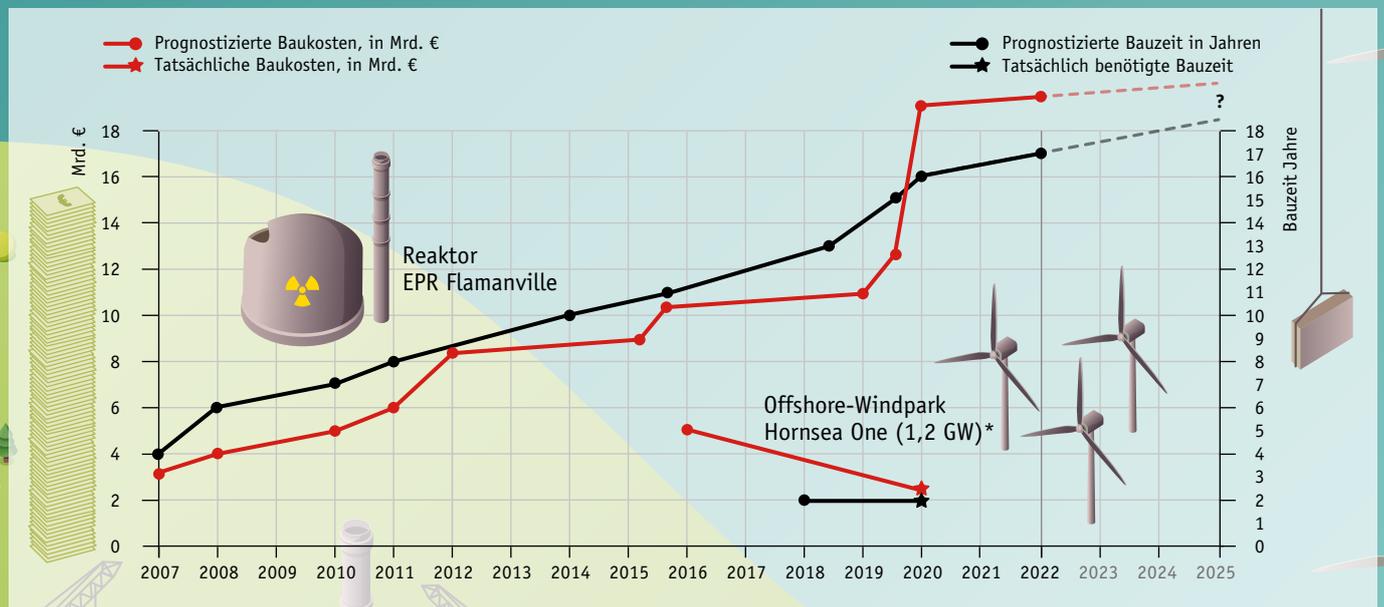
Foto: privat

„Ich fördere .ausgestrahlt, weil Atomenergie weder grün noch nachhaltig ist, aber eine Million Jahre lang große Risiken und extrem hohe Kosten verursacht.“
 Manfred Schmidt, Bönen



Teuer, unberechenbar und unvollendet

Infografik | Frankreichs einziger Neubau-Reaktor, der EPR Flamanville, ist seit 2007 in Bau und das teuerste Kraftwerk der Welt. Offshore-Windparks in der Nordsee liefern bereits nach einem Bruchteil der Zeit Strom – bei dramatisch niedrigeren Bau- und Betriebskosten



*Hornsea One liefert etwa 40 % so viel Strom, wie der EPR erzeugen soll, wenn er eines Tages läuft. Das Nachbarprojekt Hornsea Two (1,3 GW) geht 2022 in Betrieb. Hornsea Three (2,4 GW) ist kurz vor Baustart.

.ausgestrahlt fordert:

- Atom-Träume beerdigen – keinen Cent mehr für Atomkraft
- Kein Öko-Label für Atomstrom
- Für echten Klimaschutz: Erneuerbare Energien ausbauen

Quellen: Wikipedia (2021); FAZ (2022); Frankfurt School of Finance & Management (2018); ingenieur.de (2020); Ørsted (2022)